

Österreichische Forschungsförderungs- gesellschaft mbH, Wien

Bericht über die Prüfung des
Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2022

Österreichische Forschungsförderungs- gesellschaft mbH, Wien

Bericht über die Prüfung des
Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2022

Ernst & Young
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H.
1220 Wien, Wagramer Straße 19, IZD-Tower

Tel.: [43] (1) 211 70
Fax: [43] (1) 216 20 77
E-Mail: ey@at.ey.com
URL: www.ey.com/austria

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung	1
2. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses	2
3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses	3
3.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und zum Lagebericht	3
3.2. Erteilte Auskünfte	3
3.3. Berichterstattung im Zusammenhang mit dem Bundes-Public Corporate Governance Kodex (B-PCGK)	4
3.4. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)	4
4. Bestätigungsvermerk	5-8

BEILAGENVERZEICHNIS

<u>Beilage 1</u>	Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022 Angaben über die rechtlichen Verhältnisse
<u>Beilage 2</u>	Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe

Hinweis:

Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten.

An die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats der
Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH,
Wien

Wir haben die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 der

Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH, Wien
(im Folgenden auch kurz "Gesellschaft" genannt),

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden Bericht:

1. PRÜFUNGSVERTRAG UND AUFTRAGSDURCHFÜHRUNG

In der ordentlichen Generalversammlung vom 22. Juni 2022 der Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH, Wien, wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2022 gewählt bzw. bestellt. Die Gesellschaft, vertreten durch den Aufsichtsrat, schloss mit uns einen Prüfungsvertrag, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht gemäß den §§ 269 ff UGB zu prüfen.

Die geprüfte Gesellschaft ist eine fünffach große Gesellschaft gemäß § 271a Abs 1 UGB und unterliegt der Verpflichtung zur Einrichtung eines Aufsichtsrates.

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine große Gesellschaft iSd § 221 UGB.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine Pflichtprüfung.

Diese Prüfung erstreckte sich darauf, ob bei der Erstellung des Jahresabschlusses und der Buchführung die gesetzlichen Vorschriften und die ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages beachtet wurden. Der Lagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Für die Berichterstattung zu Artikel 11 der Verordnung (EU) 537/2014 (EU-VO) wird auf den gesonderten Bericht an den Prüfungsausschuss verwiesen; die Berichterstattung zu Artikel 11 der genannten Verordnung ist nicht Gegenstand dieses Berichts.

Die Prüfung zum 31. Dezember 2021 erfolgte durch einen anderen Abschlussprüfer.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und die berufstüblichen Grundsätze ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing (ISA)). Wir weisen darauf hin, dass die Abschlussprüfung mit hinreichender Sicherheit die Richtigkeit des Abschlusses gewährleisten soll. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und auf Grund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche falsche Darstellungen im Jahresabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im Zeitraum von Oktober bis Dezember 2022 (Vorprüfung) sowie von Jänner bis Februar 2023 (Hauptprüfung) überwiegend in den Räumen der Gesellschaft in Wien durch. Die Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichtes materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist Herr Mag. Christoph Harreither, Wirtschaftsprüfer, verantwortlich.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit der Gesellschaft abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer herausgegebenen "Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe" (Beilage 2) einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Gesellschaft und dem Abschlussprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung.

2. AUFGLIEDERUNG UND ERLÄUTERUNG VON WESENTLICHEN POSTEN DES JAHRESABSCHLUSSES

Alle erforderlichen Aufgliederungen und Erläuterungen von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses sind im Anhang des Jahresabschlusses und Lagebericht enthalten. Wir verweisen daher auf die entsprechenden Angaben der Geschäftsführung im Anhang des Jahresabschlusses und im Lagebericht.

3. ZUSAMMENFASSUNG DES PRÜFUNGSERGEBNISSES

3.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und zum Lagebericht

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung fest.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir – soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten – die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

Wir haben uns im Zuge unserer Prüfungshandlungen vergewissert, dass die in der Eröffnungsbilanz des Geschäftsjahres übernommenen Wertansätze den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung entsprechen und der Grundsatz der Bewertungsstetigkeit beachtet wurde.

Der Jahresabschluss der Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH, Wien, für das am 31. Dezember 2021 endende Geschäftsjahr wurde von einem anderen Abschlussprüfer geprüft, der am 21. Februar 2022 ein nicht modifiziertes Prüfungsurteil zu diesem Abschluss abgegeben hat.

3.2. Erteilte Auskünfte

Die gesetzlichen Vertreter erteilten die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise. Eine von den gesetzlichen Vertretern unterfertigte Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

Wir erhielten vom Abschlussprüfer des Vorjahres Zugang zu den relevanten Informationen der geprüften Gesellschaft und über die zuletzt durchgeführte Abschlussprüfung.

3.3. Berichterstattung im Zusammenhang mit dem Bundes-Public Corporate Governance Kodex (B-PCGK)

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH haben uns einen Entwurf des Corporate-Governance-Bericht 2022 einschließlich der zum Kodex abgegebenen Erklärung vorgelegt. Im Zuge unserer Jahresabschlussprüfung haben wir keine Tatsachen festgestellt, die eine Unrichtigkeit der Erklärung in Bezug auf die geprüfte Gesellschaft ergeben.

3.4. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)

3.4.1. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 UGB

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Abschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand der geprüften Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei der internen Kontrolle des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt.

3.4.2. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 3 UGB

Der Jahresabschluss der Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH, Wien, zum 31. Dezember 2022 weist eine Eigenmittelquote im Sinne des § 23 URG von 3,4 % und eine fiktive Schuldentilgungsdauer im Sinne des § 24 URG von 218 Jahren auf. In Entsprechung unserer Berichtspflicht gemäß § 273 Abs 3 UGB, haben wir die gesetzlichen Vertreter sowie die Mitglieder des Aufsichtsrates mit Schreiben vom 22. November 2022 über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfes gemäß § 22 Abs 1 Z 1 URG informiert.

4. BESTÄTIGUNGSVERMERK *)

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der

Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH, Wien,

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2022 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt "Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften, und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns bis zum Datum des Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen.

Hinweis auf sonstige Sachverhalte

Der Jahresabschluss der Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH, Wien, für das am 31. Dezember 2021 endende Geschäftsjahr wurde von einem anderen Abschlussprüfer geprüft, der am 21. Februar 2022 ein nicht modifiziertes Prüfungsurteil zu diesem Abschluss abgegeben hat.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit - sofern einschlägig - anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

Bericht zum Lagebericht

Der Lagebericht ist aufgrund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld wurden wesentliche fehlerhafte Angaben im Lagebericht nicht festgestellt.

Wien, am 22. Februar 2023

Ernst & Young
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H.



Mag. Christoph Harreither
Wirtschaftsprüfer



ppa Mag. Nicole Hartner
Wirtschaftsprüferin

*) Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

JAHRESABSCHLUSS

LAGEBERICHT

ANGABEN ÜBER DIE RECHTLICHEN VERHÄLTNISSE

ZUM 31. DEZEMBER 2022

DER

ÖSTERREICHISCHE FORSCHUNGSFÖRDERUNGS-
GESELLSCHAFT MBH, WIEN

Bilanz zum 31. Dezember 2022

Aktiva

	31.12.2022 EUR	31.12.2021 TEUR
A. Anlagevermögen		
<i>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</i>		
Rechte und daraus abgeleitete Lizenzen	1.549.100,07	1.598
<i>II. Sachanlagen</i>		
1. Bauliche Investitionen in fremden Gebäuden	314.102,49	312
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	779.975,17	803
	<u>1.094.077,66</u>	<u>1.115</u>
<i>III. Finanzanlagen</i>		
1. Beteiligungen	5.494.205,21	4.494
2. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	0,00	0
3. Festgeldveranlagungen langfristig	37.000.000,00	44.000
	<u>42.494.205,21</u>	<u>48.494</u>
	45.137.382,94	51.207
B. Umlaufvermögen		
<i>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</i>		
1. Forderungen gegenüber Förderungsempfängern	337.023.803,00	315.876
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	234.005.995,00	220.480
2. Forderungen aus Leistungen	8.355.116,81	8.507
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	9.976,18	80
3. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	44.350.861,82	934
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	0,00	0
	<u>389.729.781,63</u>	<u>325.317</u>
<i>II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</i>		
1. Kassenbestand	20.384,60	10
2. Guthaben bei Kreditinstituten	120.076.524,52	106.218
	<u>120.096.909,12</u>	<u>106.228</u>
	509.826.690,75	431.545
C. Rechnungsabgrenzungsposten	540.140,25	454
	<u>555.504.213,94</u>	<u>483.206</u>
Eventualforderungen aus Besserungsscheinen	524.111,70	524
Eventualforderungen aus Haftungen gemäß § 11 FFG-G	79.259.454,75	73.477

	31.12.2022 EUR	31.12.2021 TEUR
Treuhandbereich:		
offene Zusagen aus Treuhandmittel	1.164.797.275,00	1.148.549

Passiva

	31.12.2022 EUR	31.12.2021 TEUR
A. Eigenkapital		
I. <i>Eingefordertes Stammkapital</i>	14.570.000,00	14.570
II. <i>Gesetzliche Rücklagen</i>		
Haftungsrücklage	4.171.550,00	3.867
III. <i>Bilanzgewinn</i>	0,00	0
	<u>18.741.550,00</u>	<u>18.437</u>
B. Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln	136.413.551,98	338.286
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	2.612.972,00	2.667
2. Rückstellungen für Pensionen	1.552.060,00	1.430
3. Sonstige Rückstellungen	238.322.737,05	4.987
	<u>242.487.769,05</u>	<u>9.078</u>
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	46.666.754,00	47.330
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr	9.685.994,00	10.546
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	36.980.760,00	36.784
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem ERP-Fonds	40.000.000,00	40.000
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr	0,00	0
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	40.000.000,00	40.000
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	488.479,63	823
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr	488.479,63	823
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	0,00	0
4. Förderungsverpflichtungen	2.155.512,00	358
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr	2.155.512,00	358
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	0,00	0
5. Sonstige Verbindlichkeiten	47.021.753,94	9.759
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr	47.021.753,94	9.759
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	0,00	0
davon aus Steuer	533.997,03	533
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	710.808,35	650
	<u>136.332.499,57</u>	<u>98.270</u>
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr	59.351.739,57	21.485
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	76.980.760,00	76.784
E. Rechnungsabgrenzungsposten	21.528.843,34	19.135
	<u>555.504.213,94</u>	<u>483.206</u>
Eventualverbindlichkeiten aus Haftungen gemäß § 11 FFG-G	83.431.005,00	77.345

	31.12.2022 EUR	31.12.2021 TEUR
Treuhandbereich: offene Zusagen aus Treuhandmittel	1.164.797.275,00	1.148.549

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022

	2022 EUR	2021 TEUR
1. Administrative Zuschüsse und Kostenbeiträge	46.912.377,14	42.109
2. Sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	11.130,00	0
b) Rückerstattete Förderungsmittel	2.996.958,20	2.304
c) Erträge aus der Inanspruchnahme von erhaltenen Zuschüssen aus öffentlicher Hand	221.962.548,90	248.449
d) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	179.022,51	298
e) Übrige	740.322,22	402
	<u>225.889.981,83</u>	<u>251.453</u>
3. Aufwendungen für Förderungen		
a) Förderaufwendungen	-220.834.142,00	-230.209
b) Darlehensaufwendungen davon Veränderung der Wertberichtigung	-6.832.659,00 610.500,00	-24.140 -18.027
c) Haftungsaufwendungen	0,00	-42
	<u>-227.666.801,00</u>	<u>-254.391</u>
4. Aufwendungen für bezogene Leistungen	-3.404.327,28	-3.106
5. Personalaufwand		
a) Gehälter	-26.878.283,79	-24.808
b) Soziale Aufwendungen davon Aufwendungen für Altersversorgung	-7.852.318,94 -270.542,92	-6.975 -140
aa) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-723.835,94	-458
bb) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-6.780.385,27	-6.314
	<u>-34.730.602,73</u>	<u>-31.783</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.615.024,09	-1.473
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Steuern, soweit sie nicht unter Steuern vom Einkommen fallen	-15.664,98	-30
b) Übrige	-7.279.950,63	-5.385
	<u>-7.295.615,61</u>	<u>-5.415</u>
8. Zwischensumme aus Z 1 bis 7 (Betriebsergebnis)	-1.910.011,74	-2.606
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	3
10. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		
a) Zinserträge aus Bankguthaben/Veranlagungen	210.145,95	18
b) Zinserträge aus gewährten Darlehen	2.991.000,00	3.049
	<u>3.201.145,95</u>	<u>3.067</u>
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-931.324,07	-1.085
12. Zwischensumme aus Z 9 bis 11 (Finanzergebnis)	<u>2.269.821,88</u>	<u>1.985</u>
13. Ergebnis vor Steuern (Zwischensumme aus 8 und 12)	359.810,14	-621
14. Steuern vom Einkommen	-55.493,14	-5
15. Ergebnis nach Steuern	<u>304.317,00</u>	<u>-626</u>
16. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	304.317,00	-626
17. Auflösung von gesetzlichen Rücklagen	56.271,00	761
18. Zuweisung zu gesetzlichen Rücklagen	-360.588,00	-135
19. Jahresgewinn/-verlust = Bilanzgewinn/-verlust	<u>0,00</u>	<u>0</u>

WIEN, 22. FEBRUAR 2023

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2022

INHALTSVERZEICHNIS

Tabellenverzeichnis	4
1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	5
1.1 Allgemeine Grundsätze	5
1.2 Anlagevermögen.....	6
1.2.1 Immaterielle Vermögensgegenstände.....	6
1.2.2 Sachanlagen.....	6
1.2.3 Finanzanlagen	7
1.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7
1.4 Wertpapiere und Anteile.....	7
1.5 Rückstellungen	7
1.6 Verbindlichkeiten.....	8
1.7 Währungsumrechnung.....	8
2 Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung 9	9
2.1 Erläuterungen zur Bilanz	9
2.1.1 Anlagevermögen	9
2.1.1.1 <i>Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen</i>	9
2.1.1.2 <i>Finanzanlagen</i>	9
2.1.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände.....	10
2.1.3 Guthaben bei Kreditinstituten	12
2.1.4 Eigenkapital	12
2.1.5 Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln.....	13
2.1.6 Rückstellungen.....	13
2.1.7 Verbindlichkeiten	15
2.1.8 Rechnungsabgrenzungsposten	16
2.1.9 Eventualforderungen – Eventualverbindlichkeiten.....	16
2.1.10 Miet- und Leasingverträge	18
2.2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	19
2.2.1 Administrative Zuschüsse und Kostenbeiträge.....	19
2.2.2 Sonstige betriebliche Erträge	20
2.2.3 Aufwendungen für Förderungen.....	21
2.2.4 Aufwendungen für bezogene Leistungen	22
2.2.5 Personalaufwand.....	22
2.2.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen.....	23
2.2.7 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge.....	24
2.2.8 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	24
2.2.9 Steuern vom Einkommen	24
3 Sonstige Angaben	25
3.1 Eigenkapital.....	25
3.2 Arbeitnehmer	25

3.3	Organe der Gesellschaft	25
3.4	Angaben nach dem Public Corporate Governance Kodex	28
3.4.1	Beziehungen	28
3.4.1.1	<i>Eigentümer</i>	28
3.4.1.2	<i>Geschäftsführung</i>	28
3.4.1.3	<i>Aufsichtsrat</i>	28
3.4.2	Kreditgewährungen	29
3.4.2.1	<i>Organe des Unternehmens</i>	29
3.4.2.2	<i>Mitarbeiter des Unternehmens</i>	29
3.4.3	Geschäfte.....	29
3.4.4	Dienstleistungs- und Werkverträge.....	29
3.4.5	Vergütungen	29
3.4.6	Wesentliche Vorgänge nach dem Abschlussstichtag	31
3.5	Angabe zum Jahresergebnis	31

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Software Abschreibungsdauer	6
Tabelle 2: Sachanlagen Abschreibungsdauer	6
Tabelle 3: Beteiligungen.....	9
Tabelle 4: Festgeldveranlagungen langfristig	10
Tabelle 5: Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10
Tabelle 6: Benötigte Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln.....	10
Tabelle 7: Forderungen an Förderungsempfänger	11
Tabelle 8: Forderungen an Förderungsempfänger nach Art der Mittelherkunft	11
Tabelle 9: Guthaben bei Kreditinstituten.....	12
Tabelle 10: Eigenkapital	12
Tabelle 11: Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln	13
Tabelle 12: Sonstige Rückstellungen	14
Tabelle 13: Zugesagte Förderungen	14
Tabelle 14: Verbindlichkeiten	15
Tabelle 15: Rechnungsabgrenzungsposten	16
Tabelle 16: Verpflichtungen aus den Treuhandabwicklungen	18
Tabelle 17: Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen	18
Tabelle 18: Administrative Zuschüsse und Kostenbeiträge	19
Tabelle 19: Sonstige betriebliche Erträge	20
Tabelle 20: Aufwendungen für Förderungen	21
Tabelle 21: Aufwendungen für bezogene Leistungen	22
Tabelle 22: Personalaufwand.....	22
Tabelle 23: Sonstige betriebliche Aufwendungen	23
Tabelle 24: Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	24
Tabelle 25: Zinsen und ähnliche Aufwendungen	24
Tabelle 26: durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer:innen.....	25
Tabelle 27: Mitglieder des Aufsichtsrates.....	26
Tabelle 28: Aufsichtsratsmitglieder mit beratender Stimme	28
Tabelle 29: Ausbezahlte Aufsichtsratsvergütungen	30
Tabelle 30: Ausbezahlte Aufsichtsratsvergütungen (mit beratender Stimme)	30

1 BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

1.1 Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Auf den Jahresabschluss wurden die Rechnungslegungsbestimmungen in der geltenden Fassung angewendet.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohende Verluste wurden berücksichtigt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde die Stellungnahme des Instituts Österreichischer Wirtschaftsprüfer „Sonderfragen betreffend die Rechnungslegung von Betrieben und sonstigen ausgegliederten Rechtsträgern im öffentlichen Sektor“ berücksichtigt. Es wird bei einigen Jahresabschlussposten zwischen administrativen und operativen Positionen unterschieden. Administrativ bezieht sich auf die Verwaltung der FFG, während mit operativ die Förderungen selbst gemeint sind.

Die Gesellschaft ist im Jahr 2022 als große Kapitalgesellschaft gemäß § 221 UGB zu qualifizieren. Bei der Gesellschaft handelt es sich weiters um eine fünffach große Gesellschaft gemäß § 271a Abs. 1 UBG.

1.2 Anlagevermögen

1.2.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände werden nur dann in der Bilanz angesetzt, wenn sie entgeltlich erworben wurden. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger und außerplanmäßiger Abschreibungen. Selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände und geringwertige Vermögensgegenstände - Einzelanschaffungswert bis je EUR 800,00 (inkl. USt) - werden sofort als Aufwand erfasst.

Die Ermittlung der planmäßigen Abschreibungen erfolgt nach der linearen Abschreibungsmethode unter Zugrundelegung folgender Nutzungsdauern:

Tabelle 1: Software Abschreibungsdauer

Software	Jahre
Standardsoftware	3
Sonstige Software	3-5

Außerplanmäßige Abschreibungen auf einen zum Abschlusstichtag niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen, wenn die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind.

1.2.2 Sachanlagen

Der Wertansatz von Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen. Geringwertige Vermögensgegenstände - Einzelanschaffungswert bis EUR 800,00 (inkl. USt) - werden sofort als Aufwand erfasst.

Die Ermittlung der planmäßigen Abschreibungen erfolgt nach der linearen Abschreibungsmethode unter Zugrundelegung folgender Nutzungsdauern:

Tabelle 2: Sachanlagen Abschreibungsdauer

Sachanlagen	Jahre
PKW	5
IT-Hardware	3
Büromaschinen	3-5
Büromöbel	5-10
Bauliche Investitionen in fremden Gebäuden	10
Mobiltelefone	2

Außerplanmäßige Abschreibungen auf einen zum Abschlusstichtag niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen, wenn die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind.

1.2.3 Finanzanlagen

Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Bei nachhaltigen und wesentlichen Wertminderungen werden niedrigere Werte angesetzt.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen auf einen zum Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen, wenn die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind.

Als Finanzanlagen werden nur jene Vermögenswerte ausgewiesen, die bestimmt sind, dauerhaft dem Unternehmen zu dienen. Diese Voraussetzung wird zu jedem Abschlussstichtag überprüft. Bei Änderungen der Verhältnisse erfolgt eine Umgliederung in das Umlaufvermögen.

Zuschreibungen zu Vermögensgegenständen des Anlagevermögens werden vorgenommen, wenn die Gründe für die außerplanmäßige Abschreibung weggefallen sind.

1.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt. Zur Berücksichtigung von Kreditrisiken wird bei einzelnen Positionen zusätzlich eine Einzelwertberichtigung auf die Forderungen gebildet.

1.4 Wertpapiere und Anteile

Anteile an Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Bei nachhaltigen und wesentlichen Wertminderungen werden niedrigere Werte angesetzt.

1.5 Rückstellungen

Die Ermittlung der Rückstellungen für Abfertigungen und Rückstellungen für Jubiläumsgelder erfolgt nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Basis eines Durchschnittzinssatzes (7-Jahresdurchschnitt). Für das Vorjahr, 2021, wurde ein Durchschnittzinssatz von 1,04 % und für das laufende Berichtsjahr, 2022, wurde ein Durchschnittzinssatz von 1,17 % verwendet. Als Lohn- und Gehaltstrend wurden in 2022 3,5 % angenommen, 2021 waren es 2,35 %. Der Prozentsatz ergibt sich aus den Kollektivverträgen. Als rechtliche Grundlage für die Berechnung wurde die AVÖ 2018-P, Angestellte, verwendet.

Die Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen erfolgt nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Basis eines Durchschnittzinssatzes (7-Jahresdurchschnitt). Für das Vorjahr, 2021, wurde ein Durchschnittzinssatz von 1,04 % und für das laufende Berichtsjahr, 2022, wurde ein Durchschnittzinssatz von 1,44 % verwendet. Als Pensionstrend wurden 2022 2,3 % angenommen; 2021 waren

es 1,55 %; der Prozentsatz ergibt sich aus den Erhöhungen der letzten sieben Jahre. Als rechtliche Grundlage für die Berechnung wurde die AVÖ 2018-P, Angestellte, verwendet. Diese Rückstellung betrifft einen ehemaligen Dienstnehmer, der die Pension bereits bezieht.

In den übrigen Rückstellungen werden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken sowie der Höhe und dem Grunde nach ungewissen Verbindlichkeiten mit jenen Beträgen berücksichtigt, die nach vernünftiger unternehmerischer Beurteilung erforderlich sind.

1.6 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

1.7 Währungsumrechnung

Berichtswährung ist der Euro. Die Bewertung von in anderen Währungen denominierten Forderungen erfolgt zum niedrigeren Wert aus Anschaffungskurs und Devisenkurs am Bilanzstichtag. Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit dem höheren Wert aus Entstehungskurs und Devisenbriefkurs zum Bilanzstichtag bewertet.

2 ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

2.1 Erläuterungen zur Bilanz

2.1.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist im Anlagenspiegel dargestellt.

2.1.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Unter immaterielle Vermögensgegenstände ist die angeschaffte Software ausgewiesen.

Die Sachanlagen umfassen bauliche Investitionen in fremde Gebäude sowie Anschaffungen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

2.1.1.2 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen umfassen Anteile an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie langfristig gehaltene Festgeldveranlagungen.

2019 hat sich die FFG an der Alpine Quantum Technologies GmbH beteiligt. Das Unternehmen ist im Bereich der Quantentechnologie tätig.

Tabelle 3: Beteiligungen

Name und Sitz des Beteiligungsunternehmens	Anteil am Kapital	Eigenkapital in TEUR	Jahresergebnis in TEUR	Jahresabschluss zum
Tech Center Linz – Winterhafen Errichtungs- und Betriebsgesellschaft mbH, Linz	33,33 %	3.738	6	31.12.2021
Alpine Quantum Technologies GmbH, Innsbruck	24,9%	8.141	111	31.12.2021

Zu dem verbundenen Unternehmen Tech Center Linz besteht keine Geschäftsbeziehung. Zu dem verbundenen Unternehmen Alpine Quantum Technologies besteht eine Geschäftsbeziehung in Förderprojekten.

Unter dem Titel Festgeldveranlagungen langfristig befinden sich folgende Finanzanlagen:

Table 4: Festgeldveranlagungen langfristig

Art der Veranlagung	31.12.2022 Buchwert EUR	31.12.2021 Buchwert EUR
Festgeld administrativ	12.000.000,00	19.000.000,00
Festgeld operativ	25.000.000,00	25.000.000,00
Summe	37.000.000,00	44.000.000,00

2.1.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände stellen sich wie folgt dar:

Table 5: Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Art der Forderungen bzw der sonstigen Vermögensgegenstände	31.12.2022 Buchwert EUR	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	31.12.2021 Buchwert EUR
Forderungen an Förderungsempfänger:	337.023.803,00	103.017.808,00	234.005.995,00	315.875.650,80
Forderungen aus Leistungen	8.355.116,81	8.345.140,63	9.976,18	8.507.137,86
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	44.350.861,82	44.350.861,82	0,00	934.619,43
Summe	389.729.781,63	155.713.810,45	234.015.971,18	325.317.408,09

Die zur Deckung der noch offenen zugesagten Förderungen benötigten operativen Zuschüsse werden erstmalig unter der Position Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände und nicht mehr in den Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln ausgewiesen.

Table 6: Benötigte Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln

Mittelgeber	31.12.2022 Buchwert EUR
Operative Zuschüsse EFRE	20.202.569,40
Operative Zuschüsse NATS	16.699.530,23
Übrige operative Zuschüsse	3.791.043,44
Operative Zuschüsse BMAW	2.329.774,08
Summe	43.022.917,15

Für die Ermittlung der operativen Zuschüsse werden Ansätze für die Aufteilung nach Mittelgebern verwendet, die eine statistische Genauigkeit der Beträge liefern.

Die Position Forderungen an Förderungsempfänger gliedert sich wie folgt:

Tabelle 7: Forderungen an Förderungsempfänger

Detail der Art der Forderungen an Förderungsempfänger	31.12.2022 Buchwert EUR	31.12.2021 Buchwert EUR
Darlehensforderungen	406.127.050,00	386.279.872,00
Rückzahlbare Förderungsbeiträge	1.327.253,00	636.778,80
Wertberichtigung zu Forderungen	-70.430.500,00	-71.041.000,00
Forderungen an Förderungsempfänger gesamt	337.023.803,00	315.875.650,80

Tabelle 8: Forderungen an Förderungsempfänger nach Art der Mittelherkunft

Art der Mittelherkunft der Darlehen an Förderungsempfänger	31.12.2022 Buchwert EUR	31.12.2021 Buchwert EUR
Darlehen aus Mitteln des BMK	346.125.893,76	333.747.713,19
Darlehen aus Mitteln des Landes OÖ	23.427.872,24	18.136.079,81
Darlehen aus Mitteln des ERP	36.573.284,00	34.396.079,00
Summe	406.127.050,00	386.279.872,00

Von den Forderungen sind keine Beträge durch Wechsel verbrieft.

Für die Ermittlung der Forderungen an Förderungsempfänger werden Ansätze für die Aufteilung nach Mittelgebern verwendet, die eine statistische Genauigkeit der Beträge liefern.

Unter dem Posten sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände sind Erträge in Höhe von EUR 130.428,97 (Vorjahr EUR 0,00) enthalten, die nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

2.1.3 Guthaben bei Kreditinstituten

Die Guthaben bei Kreditinstituten gliedern sich wie folgt:

Table 9: Guthaben bei Kreditinstituten

Art des Kreditinstitutes	31.12.2022 Buchwert EUR	31.12.2021 Buchwert EUR
Raiffeisen Bank International	43.022.697,20	49.672.274,64
Bank Austria UniCredit	38.765.218,64	54.574.581,52
Raiffeisenlandesbank Oberösterreich	35.472.398,58	1.422.409,49
Erste Bank	2.815.047,03	547.572,51
Österreichische Nationalbank	1.163,07	768,33
Summe	120.076.524,52	106.217.606,49

In den Guthaben bei Kreditinstituten sind Festgelder/Kündigungsgelder in der Höhe von EUR 25.700.000,00 (Vorjahr EUR 0,00) enthalten.

2.1.4 Eigenkapital

Table 10: Eigenkapital

Entwicklung des Eigenkapitals	Stammkapital EUR	Gesetzliche Rücklagen EUR	Summe EUR
Stand am Beginn des Geschäftsjahres 01.01.2022	14.570.000,00	3.867.233,00	18.437.233,00
Verbrauch	0,00	0,00	0,00
Auflösung/Zuweisung	0,00	304.317,00	304.317,00
Stand am Ende des Geschäftsjahres 31.12.2022	14.570.000,00	4.171.550,00	18.741.550,00

Das Stammkapital beträgt gemäß § 1 (3) und § 2 FFG-G EUR 14.570.000,00 und wird zur Gänze von der Republik Österreich gehalten.

Die Auflösung/Zuweisung der Rücklagen wird buchungstechnisch in zwei Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung getrennt erfasst.

Unter der Bilanzposition gesetzliche Rücklagen wird die Rücklage für die übernommenen Haftungen ausgewiesen. Bei der Haftungsrücklage gem. § 11 (1), (2) und (4) FFG-G handelt es sich um eine Rücklage für Haftungen für Bankkredite von Förderungsnehmern mit Schadloshaltung des Bundes.

2.1.5 Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln

Unter der Bilanzposition Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln werden die erhaltenen operativen und administrativen Zuschüsse der Ministerien, der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung und anderer öffentlicher Institutionen ausgewiesen. Die administrativen Zuschüsse werden entsprechend den Verträgen zur Finanzierung der Administration der FFG abgegrenzt. Die erhaltenen operativen Zuschüsse werden für die operativen Förderaufwendungen in Anspruch genommen. Die erhaltenen operativen Zuschüsse werden erstmalig um die noch offenen zugesagten Förderungen verringert, die in den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen werden. Die benötigten operativen Zuschüsse werden erstmalig unter der Position Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände und nicht mehr unter dieser Position ausgewiesen.

Tabelle 11: Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln

Mittelgeber	31.12.2022 Buchwert EUR	31.12.2021 Buchwert EUR
Operative Zuschüsse BMK	122.611.846,00	301.493.925,81
Operative Zuschüsse BMAW		6.233.513,92
Übrige operative Zuschüsse		8.214.895,31
Operative Zuschüsse NATS		22.841.078,35
Operative Zuschüsse EFRE		-13.653.022,61
Administrative Zuschüsse	13.801.705,98	13.155.332,66
Summe	136.413.551,98	338.285.723,44

Für die Ermittlung der operativen Zuschüsse werden Ansätze für die Aufteilung nach Mittelgebern verwendet, die eine statistische Genauigkeit der Beträge liefern.

2.1.6 Rückstellungen

Die Entwicklung der einzelnen Posten wird im Rückstellungsspiegel dargestellt. Unter den Sonstigen Rückstellungen sind folgende wesentliche Posten enthalten:

Tabelle 12: Sonstige Rückstellungen

Art der Sonstigen Rückstellung	31.12.2022 Buchwert EUR	31.12.2021 Buchwert EUR
Rückstellungen für nicht konsumierte Urlaube	2.073.716,48	1.814.919,11
Rückstellungen für Zeitausgleichsguthaben	363.206,48	404.221,08
Rückstellungen für Jubiläumsgelder	355.793,99	341.824,99
Rückstellungen für Prämien	556.912,08	525.653,30
Rückstellungen für EU	1.184.892,00	1.253.200,00
Rückstellungen für Gutachten	143.478,50	155.434,30
Rückstellungen für Rechts- und Beratungsaufwand	53.160,00	59.399,00
Rückstellungen für Aufsichtsrats honorare	24.500,00	24.500,00
Rückstellungen für EDV Wartung	168.166,25	29.080,00
Rückstellungen für Werkverträge	286.925,20	331.489,99
Rückstellungen für zugesagte Förderungen	233.037.983,00	0,00
Übrige Sonstige Rückstellungen	74.003,07	41.265,54
Summe	238.322.737,05	4.980.987,31

Die zugesagten Förderungen sind die den Förderungsnehmern in Aussicht gestellten und noch offenen Förderungen.

Tabelle 13: Zugesagte Förderungen

Mittelgeber	31.12.2022 Buchwert EUR
Zugesagte Förderungen des BMK	169.112.196,36
Zugesagte Förderungen der NATS	41.721.753,00
Zugesagte Förderungen der EU	9.367.703,00
Zugesagte Förderungen der Länder	8.646.525,64
Zugesagte Förderungen des BMAW	4.189.805,00
Summe	233.037.983,00

2.1.7 Verbindlichkeiten

Tabelle 14: Verbindlichkeiten

Art der Verbindlichkeit	31.12.2022 Buchwert EUR	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	Restlaufzeit > 5 Jahre	31.12.2021 Buchwert EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	46.666.754,00	9.685.994,00	36.980.760,00	0,00	47.330.376,00
Verbindlichkeiten gegenüber ERP-Fonds	40.000.000,00	0,00	0,00	40.000.000,00	40.000.000,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	488.479,63	488.479,63	0,00	0,00	822.677,14
Förderungsverpflichtungen	2.155.512,00	2.155.512,00	0,00	0,00	358.005,00
Sonstige Verbindlichkeiten	47.021.753,94	47.021.753,94	0,00	0,00	9.758.830,20
Summe	136.332.499,57	59.351.739,57	36.980.760,00	40.000.000,00	98.269.888,34

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betreffen zur Gänze langfristige Darlehen der Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft, welche auf Basis der Kooperationsvereinbarung mit dem Land Oberösterreich gewährt wurden. Die abgerufenen Mittel sind für die Darlehensvergabe an die Fördernehmer zu verwenden und nach fünf Jahren ab der Zuzählung zu tilgen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem ERP-Fonds resultieren aus einem Darlehen zum Zweck der Verbesserung der Forschungsförderungsmöglichkeit, welches 2029 zu tilgen ist.

Die Förderungsverpflichtungen sind die Verbindlichkeiten, für die der Fördernehmer die Voraussetzungen für eine Auszahlung bereits erfüllt hat, die Zahlung aber noch nicht erfolgt ist.

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten aus Lohnnebenkosten in der Höhe von EUR 1.310.824,33 (Vorjahr EUR 1.198.985,76) enthalten, die im Jänner 2023 zahlungswirksam sind. In dieser Position befinden sich Zahlungen aus den Cofund-Modellen mit der EU. Die Anzahlungen für Partnerleistungen sind auf EUR 45.215.560,89 gestiegen (Vorjahr EUR 8.306.644,58). Für keine der angegebenen Verbindlichkeiten sind dingliche Sicherheiten bestellt.

2.1.8 Rechnungsabgrenzungsposten

Entsprechend dem RÄG 2014 wird eine periodengerechte Gewinnermittlung durch Bilanzierung einer sonstigen Forderung (Überhang bereits angefallener Kosten zu erhaltenen Geldmitteln) bzw. einer passiven Rechnungsabgrenzung (Überhang erhaltener Geldmittel zu bereits angefallenen Kosten) für die Projekte ausgewiesen.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind folgende wesentliche Posten enthalten:

Tabelle 15: Rechnungsabgrenzungsposten

Art der Rechnungsabgrenzung	31.12.2022 Buchwert EUR	31.12.2021 Buchwert EUR
Passive Rechnungsabgrenzungen Rahmenvertrag	7.476.000,00	7.100.000,00
Passive Rechnungsabgrenzungen Projekte	4.269.976,17	4.422.845,97
Passive Rechnungsabgrenzung Anzahlungen	9.782.867,17	7.612.170,46
Summe	21.528.843,34	19.135.016,43

2.1.9 Eventualforderungen – Eventualverbindlichkeiten

Eventualforderungen:

- Forderungen aus Besserungsscheinen:

Bei den Eventualforderungen in Höhe von EUR 524.111,70 (Vorjahr EUR 524.111,70) handelt es sich um Forderungen aus Besserungsscheinen. Hier liegen mit ehemaligen Darlehensnehmern Besserungsvereinbarungen vor, nach denen die gewährten Darlehen wieder zurückzuzahlen sind, falls sich die wirtschaftliche Lage der Unternehmen bessert.

- Forderungen aus Haftungen:

Da der Bund gem. § 11 FFG-G vertraglich verpflichtet ist, die Gesellschaft bei Eintritt eines Haftungsfalles in dem Ausmaß schadlos zu halten, in dem durch die Übernahme von Haftungen Zahlungen zu leisten sind, die nicht aus Mitteln der Haftungsrücklagen gedeckt werden können, stehen den Verbindlichkeiten aus Haftungen Eventualforderungen im Ausmaß von EUR 79.259.454,75 (Vorjahr EUR 73.477.433,65) gegenüber.

Eventualverbindlichkeiten:

- Verbindlichkeiten aus Haftungen:

Bei den Verbindlichkeiten aus Haftungen gem. § 11 (1), (2) und (4) FFG-G in Höhe von EUR 83.431.005,00 (Vorjahr EUR 77.344.667,00) handelt es sich um Haftungen für Bankkredite von Förderungsnehmern mit Schadloshaltung des Bundes. Gemäß FFG-G konnte der Bund die FFG bis zu einem Gesamtbligo in Höhe von EUR 145.345.688,00 schadlos halten. Mit BGBl. Nr.52/2009 und der „Vereinbarung über die Schadloshaltung“ vom November 2009 wurde die Ermächtigung bis zu einem Gesamtbligo von EUR 320.000.000,00 erhöht.

Unter den Verbindlichkeiten aus Haftungen sind sämtliche vertraglich vereinbarten Haftungen enthalten, auch wenn die Auszahlung des Kredits an den Kreditnehmer zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgte. Der Betrag der noch nicht an Förderungsnehmer ausbezahlten Kredite beläuft sich per 31.12.2022 auf EUR 16.541.164,00 (Vorjahr EUR 2.599.400,00). Der verbleibende Betrag in Höhe von EUR 66.889.841,00 (Vorjahr EUR 74.745.267,00) betrifft aushaftende Beträge von bereits in der Vergangenheit an Fördernehmer ausbezahlter Kredite. Die Haftungsrücklage gemäß § 11 FFG-G bemisst sich vom gesamten Stand der ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten.

- Treuhandmittel:

Diese Position umfasst die den Förderungsnehmern in Aussicht gestellten und noch offenen Förderungen aus gewährten Zuschüssen. Die diesbezüglichen Programme wurden zur Abwicklung übertragen (=Treuhandmittel, im Namen und auf Rechnung des Mittelgebers). Die Verpflichtungen aus den Treuhandabwicklungen sind in gleicher Höhe als Eventualforderungen (notwendige Dotierungen seitens der Treuhandgeber) ausgewiesen.

Die Verpflichtungen aus den Treuhandabwicklungen stellen sich wie folgt dar:

Tabelle 16: Verpflichtungen aus den Treuhandabwicklungen

Treuhandgeber	31.12.2022 Buchwert EUR	31.12.2021 Buchwert EUR
Treuhandmittel des BMF	600.404.393,00	0,00
Treuhandmittel des BMK	333.691.684,50	279.441.352,40
Treuhandmittel des BMAW	98.200.079,50	117.299.646,80
Treuhandmittel des KLIEN	83.041.609,00	85.778.089,00
Treuhandmittel des BMBWF	29.722.134,00	2.217.929,80
Treuhandmittel des BML	11.474.748,00	656.114.550,00
Treuhandmittel Länder	4.396.831,00	4.503.223,00
Treuhandmittel der EU	3.865.796,00	3.194.528,00
Summe	1.164.797.275,00	1.148.549.319,00

Von diesen Eventualforderungen wurden die Treuhandkonten und Festgelder der FFG zum Stichtag mit EUR 199.201.770,72 (Vorjahr EUR 87.849.647,54) dotiert.

2.1.10 Miet- und Leasingverträge

Die finanziellen Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen gliedern sich wie folgt:

Tabelle 17: Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen

Art der Verpflichtung	des folgenden Geschäftsjahres EUR	der folgenden fünf Geschäftsjahre EUR
Verpflichtungen aus Mietverträgen	2.178.631,10	7.494.243,11
Verpflichtungen aus Leasingverträgen	15.476,26	87.983,76

2.2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

2.2.1 Administrative Zuschüsse und Kostenbeiträge

Es gibt wesentliche Verträge zur Finanzierung der Administration der FFG. Diese sind unter anderem der FFG-Rahmenvertrag und der Beauftragungsvertrag für den Bereich Europäische und Internationale Programme (EIP).

Die administrativen Zuschüsse und Kostenbeiträge gliedern sich wie folgt:

Tabelle 18: Administrative Zuschüsse und Kostenbeiträge

Art der Zuwendung bzw Art des Kostenbeitrages	2022 Geschäftsjahr EUR	2021 Geschäftsjahr EUR
Zuwendung Rahmenvertrag BMK	21.973.464,00	19.756.762,42
Zuwendung Rahmenvertrag BMAW	7.183.067,62	7.892.764,46
Kostenbeiträge Beauftragungsvertrag Bereich EIP	5.181.836,80	4.464.538,00
Zuwendung Rahmenvertrag BML	4.437.225,00	4.646.471,00
Zuwendung Rahmenvertrag BMF	3.907.373,50	2.240.125,00
Kostenbeiträge Beauftragung KLIEN	1.775.010,59	1.323.474,40
Kostenbeiträge Beauftragungen NATS	1.650.629,39	2.189.154,89
Kostenbeiträge EU Projekte	1.573.963,74	1.201.867,60
Kostenbeiträge Bundesländer	914.505,64	1.255.201,53
Kostenbeiträge BKA und BMLV	634.856,77	238.521,00
Kostenbeiträge Bund WZG und öffentl. Institutionen	556.865,71	723.999,99
Kostenbeiträge Ministerien Datenanalyse	489.342,94	284.270,00
Übrige Kostenbeiträge aus sonstigen Beauftragungen und div. Projekten	323.064,02	266.457,79
Zuwendung Rahmenvertrag BMBWF	33.402,00	409.865,12
Kostenbeiträge Abgrenzungen	-3.722.230,58	-4.784.875,55
Summe	46.912.377,14	42.108.597,65

Alle Abgrenzungen der administrativen Zuwendungen und Kostenbeiträge werden entsprechend den Verträgen und den neuen Anforderungen des RÄG 2014 in der Position Kostenbeiträge Abgrenzungen zusammengefasst abgebildet.

2.2.2 Sonstige betriebliche Erträge

Die Sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

Table 19: Sonstige betriebliche Erträge

Art der Sonstigen betrieblichen Erträge	2022 Geschäftsjahr EUR	2021 Geschäftsjahr EUR
Erträge aus der Inanspruchnahme von operativen Zuschüssen öffentlicher Hand BMK	174.861.806,10	186.312.466,66
Erträge aus der Inanspruchnahme von operativen Zuschüssen NATS	26.612.958,00	36.339.796,00
Erträge aus der Inanspruchnahme von operativen Zuschüssen öffentlicher Hand BMAW	9.389.369,00	8.502.894,50
Erträge aus der Inanspruchnahme von operativen Zuschüssen öffentlicher Hand Bundesländer	5.956.328,00	6.706.598,00
Erträge aus der Inanspruchnahme von operativen Zuschüssen sonstiger Institutionen	5.271.773,00	4.331.957,00
Erträge aus der Inanspruchnahme von operativen Zuschüssen EFRE	-129.685,20	6.254.953,00
Rückerstattete Förderungsmittel	2.996.958,20	2.303.846,00
Übrige Sonstige betriebliche Erträge	740.322,22	402.177,91
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	179.022,51	298.123,22
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	11.130,00	0,00
Summe	225.889.981,83	251.452.812,29

2.2.3 Aufwendungen für Förderungen

Die Aufwendungen für Förderungen gliedern sich wie folgt:

Tabelle 20: Aufwendungen für Förderungen

Art der Aufwendungen für Förderungen	2022 Geschäftsjahr EUR	2021 Geschäftsjahr EUR
Förderungen des BMK	172.094.144,00	167.744.934,41
Förderungen der NATS	26.774.961,00	36.509.807,75
Förderungen des BMAW	9.591.871,00	8.700.125,50
Förderungen Bundesländer	6.853.378,00	6.763.202,33
Förderungen sonstiger Institutionen	4.392.161,00	4.318.581,00
Förderungen EFRE	1.127.627,00	6.172.653,00
Darlehensausfälle	7.089.360,00	5.298.360,00
Darlehensumwandlungen	353.799,00	814.553,00
Haftungsaufwendungen	0,00	41.645,25
Wertberichtigung (Darlehens-) Forderungen	-610.500,00	18.026.783,00
Summe	227.666.801,00	254.390.645,24

2.2.4 Aufwendungen für bezogene Leistungen

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen gliedern sich wie folgt:

Tabelle 21: Aufwendungen für bezogene Leistungen

Art der Aufwendungen für bezogene Leistungen	2022 Geschäftsjahr EUR	2021 Geschäftsjahr EUR
Drittkosten Evaluierungen und Jurysitzungen	1.713.358,75	1.625.233,82
Drittkosten Subverträge	513.069,00	178.805,96
Drittkosten Marketing, PR, Veranstaltungen	478.829,13	159.593,69
Drittkosten Sonstiges	432.250,30	477.934,86
Drittkosten Beratung Agentur	258.788,10	282.094,20
Drittkosten Kommunikation/Öffentl. Arbeit Agentur	8.032,00	382.806,40
Summe	3.404.327,28	3.106.468,93

2.2.5 Personalaufwand

Der Personalaufwand wurde entsprechend dem RÄG 2014 wie folgt gegliedert:

Tabelle 22: Personalaufwand

Art des Personalaufwandes	2022 Geschäftsjahr EUR	2021 Geschäftsjahr EUR
Gehälter	26.878.283,79	24.807.690,76
Soziale Aufwendungen	7.852.318,94	6.974.702,83
Summe	34.730.602,73	31.782.393,59
Davon:		
Aufwendungen für Altersversorgung	270.542,92	139.989,28
Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	723.835,94	457.883,19
Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Abgaben und Pflichtbeiträge	6.780.385,27	6.314.108,31

Von den Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen entfallen EUR 350.920,54 (Vorjahr EUR 326.046,97) auf Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen.

2.2.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

Tabelle 23: Sonstige betriebliche Aufwendungen

Art der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen	2022 Geschäftsjahr EUR	2021 Geschäftsjahr EUR
Raum- und Betriebskosten	2.644.229,53	2.142.566,89
Beratungsleistung	1.176.569,41	917.556,17
Kosten f. Öffentlichkeitsarbeit	1.158.515,75	563.143,98
IT und Kommunikation	887.042,14	806.341,98
Reisekosten	550.903,00	143.476,52
Sonstiger Verwaltungsaufwand	349.380,86	266.129,51
Aus- und Weiterbildung	231.835,62	288.112,78
Kapitalkosten	101.857,34	86.312,34
Büromaterial	86.182,26	102.429,17
Honorare und Beiträge	78.497,42	52.917,22
Steuern, Abgaben	15.664,98	29.768,69
PKW-Aufwand	14.937,30	15.734,24
Summe	7.295.615,61	5.414.489,49

In der Position Beratungsleistungen sind Honorare des Abschlussprüfers Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H. in Höhe von EUR 50.000,00 (inklusive Umsatzsteuer) (Vorjahr EUR 30.500,00 Leitner Leitner GmbH) enthalten.

2.2.7 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die Sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge gliedern sich wie folgt:

Tabelle 24: Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Art der Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge	2022 Geschäftsjahr EUR	2021 Geschäftsjahr EUR
Zinsergebnis aus Bankguthaben/Veranlagungen	210.145,95	17.997,45
Zinsen Darlehen BP	2.706.715,00	2.775.270,00
Zinsen Darlehen ERP	257.961,00	251.755,00
Rückforderungszinsen	26.324,00	21.931,00
Summe	3.201.145,95	3.066.953,45

2.2.8 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Tabelle 25: Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Art der Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2022 Geschäftsjahr EUR	2021 Geschäftsjahr EUR
Verwahrungsentgelt/Negativzinsen	627.157,40	780.949,21
Zinsen Kredit ERP	304.166,67	304.166,67
Summe	931.324,07	1.085.115,88

2.2.9 Steuern vom Einkommen

Der ausgewiesene Steueraufwand in Höhe von EUR 55.493,14 (Vorjahr EUR 5.289,79) entfällt mit einem Betrag in Höhe von EUR 200,00 (Vorjahr EUR 50,00) auf Abzugsteuer gemäß § 99 und mit einem Betrag in Höhe von EUR 55.293,14 (Vorjahr EUR 5.239,79) auf Steuern für Kapitalerträge.

3 SONSTIGE ANGABEN

3.1 Eigenkapital

Das Stammkapital beträgt EUR 14.570.000,00 und wird zu Gänze von der Republik Österreich gehalten.

3.2 Arbeitnehmer

Die Anzahl der Arbeitnehmer:innen (Personen (Köpfe) im Durchschnitt im Geschäftsjahr angestellt, ohne Entsendete und ohne Praktikant:innen)) im Angestelltenverhältnis beträgt:

Tabelle 26: durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer:innen

Durchschnittliche Arbeitnehmerzahl	Geschäftsjahr 2022 Anzahl	Geschäftsjahr 2021 Anzahl
Angestellte	393	365

3.3 Organe der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr waren folgende Geschäftsführer tätig:

- Frau Mag. Dr. Henrietta Egerth-Stadlhuber und
- Herr Dr. Klaus Pseiner

Den Mitgliedern der Geschäftsführung wurden keine Kredite bzw. Haftungen gewährt.

Im Geschäftsjahr 2022 waren folgende Mitglieder im Aufsichtsrat tätig:

Aufsichtsräte

Tabelle 27: Mitglieder des Aufsichtsrates

Name	Unternehmen/Ministerium/Institution	Entsendet von
Mag. Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell, Vorsitzende		Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie
KR DI Johann Marihart, stellvertretender Vorsitzender		Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft
DI Dr. h.c. Hannes Bardach	Frequentis Group Holding GmbH	Wirtschaftskammer Österreich
Mag. Ulrike Domany-Funtan, MBA	fit4internet GmbH	Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft
Univ.-Prof. Dr. Iris Eisenberger	Universität Graz	Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie
DI MMag. Dr. Christian Grabner	Knapp AG	Industriellenvereinigung
Univ.-Prof. Dr. Martina Mara	Johannes Kepler Universität Linz	Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie
DI Günter Rübiger	Rübiger Kraftwerk GmbH	Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft
Mag. Christa Schlager	Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien	Bundesarbeitskammer
MMag. Agnes Streissler-Führer	Österr. Gewerkschaftsbund	Österr. Gewerkschaftsbund
DI Peter Baumhauer, Betriebsrat	FFG Bereich Basisprogramme	Betriebsrat
DI Maria Bürgermeister-Mähr, Betriebsrat	FFG Bereich Thematische Programme	Betriebsrat
Mag. Monika Egger-Fuchs, Betriebsrat	FFG Bereich Europäische und Internationale Programme	Betriebsrat

Name	Unternehmen/Ministerium/Institution	Entsendet von
Ing. Markus Hinterwallner, Betriebsrat	FFG Bereich Projektcontrolling & Audit	Betriebsrat
Mag. Alexander Kosz, Betriebsrat	FFG Zentrale Services Öffentlichkeitsarbeit	Betriebsrat

Mitglieder mit beratender Stimme (§ 6 Abs. 4 FFG-G)

Tabelle 28: Aufsichtsratsmitglieder mit beratender Stimme

Name	Firma/Ministerium/ Institution	Mitglied seit
Univ.-Prof. Dr. Sonja Puntscher-Riekmann	Aufsichtsratsvorsitzende FWF	01.01.2020
Prof. Dr. Sylvia Schwaag-Serger	Vorsitzende Rat für Forschung und Technologische Entwicklung (RFTE)	01.10.2022

3.4 Angaben nach dem Public Corporate Governance Kodex

Die folgenden Angaben werden gemäß den Bestimmungen des Public Corporate Governance Kodex (Punkt 14.2.5) erstellt.

3.4.1 Beziehungen

3.4.1.1 Eigentümer

Die FFG steht zu 100% im Eigentum des Bundes.

Die Beauftragung der FFG mit den gesetzlich festgelegten Aufgaben erfolgt mit den Eigentümerressorts über ein detailliertes Rahmenvertragssystem. Diesem sind auch bereits andere Bundesministerien beigetreten. Sonstige Aufgaben, die für den Eigentümer erfolgen, werden durch geeignete Verträge beauftragt.

3.4.1.2 Geschäftsführung

Es bestehen Förderungsbeziehungen zu der Geschäftsführung nahestehenden Einrichtungen (z.B. durch Aufsichtsratsmandate in geförderten Organisationen). Diese sind offengelegt und werden in der Abwicklung dementsprechend behandelt, um Interessenskonflikte auszuschließen.

3.4.1.3 Aufsichtsrat

Das Kerngeschäft der FFG besteht in der Vergabe von Förderungen und Darlehen für Forschungszwecke. Um die nötige strategische Ausrichtung des Aufsichtsrates zu gewährleisten, werden entsprechend dem FFG-Gesetz auch Vertreter und Vertreterinnen von Unternehmen, die Förderungen der FFG erhalten, als Aufsichtsräte und -rätinnen nominiert. Der Aufsichtsrat hat keine Funktion bei der Förderungsvergabe.

Da der Aufsichtsrat der FFG nicht in die Vergabe von Förderungen eingebunden ist, entstehen durch diese Praxis keine Interessenkonflikte.

Folgende Mitglieder des Aufsichtsrates der FFG üben Organfunktionen in Unternehmen aus, die im Jahr 2022 Förderungen (Zuschüsse und/oder Darlehen) erhalten haben:

- Mag. Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell
- KR DI Johann Marihart
- DI Dr. h.c. Hannes Bardach
- Mag. Ulrike Domany-Funtan, MBA
- DI MMag. Dr. Christian Grabner
- Univ.-Prof. Dr. Martina Mara
- DI Günter Rübiger
- Mag. Christa Schlager
- MMag. Agnes Streissler-Führer
- Univ.-Prof. Dr. Sonja Puntscher-Riekman

3.4.2 Kreditgewährungen

3.4.2.1 Organe des Unternehmens

Die FFG hat abseits der oberhalb genannten Förderbeziehungen keine Kredite an Organe des Unternehmens gewährt.

3.4.2.2 Mitarbeiter des Unternehmens

Die FFG gewährte im Rahmen der lohnsteuerrechtlichen Möglichkeiten Gehaltsvorschüsse an MitarbeiterInnen. Mit 31.12.2022 gab es keine offenen Gehaltsvorschüsse mehr, da zu diesem Zeitpunkt alle gewährten Gehaltsvorschüsse bereits zurückbezahlt waren.

3.4.3 Geschäfte

Die FFG hat keine laufenden Geschäfte mit Mitgliedern der Geschäftsleitung.

3.4.4 Dienstleistungs- und Werkverträge

Die FFG hat keine Dienstleistungs- und Werkverträge mit Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrates.

3.4.5 Vergütungen

Geschäftsführung

Dr. Mag. Henrietta Egerth-Stadlhuber EUR 204.000,00 exkl. 20% variabler Vergütung

Dr. Klaus Pseiner EUR 204.000,00 exkl. 20% variabler Vergütung

Aufsichtsrat

Die im Jahre 2022 ausbezahlten Vergütungen wurden für die Tätigkeiten im Jahr 2021 ausbezahlt. Die Vergütungen für das Jahr 2022 werden erst nach der Generalversammlung, die die Bilanz 2022 genehmigt, im Jahre 2023 ausbezahlt.

Tabelle 29: Ausbezahlte Aufsichtsratsvergütungen

Name	Vergütungsanspruch 2023 für Jahr 2022 EUR	Vergütung 2022 für Jahr 2021 EUR
Mag. Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell	3.500	3.500
KR DI Johann Marihart	3.000	3.000
DI Dr. h.c. Hannes Bardach	2.000	2.000
Mag. Ulrike Domany- Funtan	2.000	2.000
Univ.-Prof. Dr. Iris Eisenberger	2.000	2.000
MMag. Agnes Streissler- Führer	2.000	2.000
DI MMag. Dr. Christian Grabner	2.000	2.000
Univ.-Prof. Dr. Martina Mara	2.000	2.000
DI Günter Rübige	2.000	2.000
Mag. Christa Schlager	2.000	2.000
Summe	22.500	22.500

Tabelle 30: Ausbezahlte Aufsichtsratsvergütungen (mit beratender Stimme)

Name	Vergütungsanspruch 2023 für Jahr 2022 EUR	Vergütung 2022 für Jahr 2021 EUR
Univ.-Prof. Dr. Sonja Puntscher-Riekman	1.000	1.000
Dr. Klara Sekanina	750	1.000
Prof. Dr. Sylvia Schwaag- Serge	250	0
Summe	2.000	2.000

Vom Betriebsrat entsandte Mitglieder erhalten keine Vergütung.

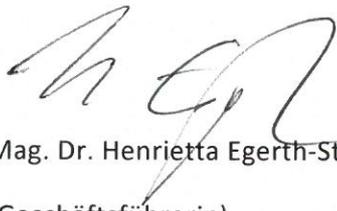
3.4.6 Wesentliche Vorgänge nach dem Abschlussstichtag

Es gab nach dem Abschlussstichtag keine wesentlichen Vorgänge, die einen Einfluss auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage gehabt hätten.

3.5 Angabe zum Jahresergebnis

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 weist einen Bilanzgewinn von EUR 0,00 aus.

Wien, am 22. Februar 2023



Mag. Dr. Henrietta Egerth-Stadlhuber
(Geschäftsführerin)



Dr. Klaus Pseiner
(Geschäftsführer)

Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2022

	Anschaffungs- und Herstellungskosten			Kumulierte Abschreibungen					Buchwert p. 31.12.2022	Buchwert p. 01.01.2022
	Stand 01.01.2022	Zugang	Abgang	Stand 31.12.2022	Stand am 01.01.2022	Zugänge an Abschreibungen	Abgänge	Stand am 31.12.2022		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
1. Rechte sowie daraus abgeleitete Lizenzen	6.094.569,47	1.086.070,97	0,00	7.180.640,44	-4.496.477,13	-1.135.063,24	0,00	-5.631.540,37	1.549.100,07	1.598.092,34
II. Sachanlagen										
1. Bauliche Investitionen in fremden Gebäuden	1.302.355,21	59.760,00	0,00	1.362.115,21	-990.159,05	-57.853,67	0,00	-1.048.012,72	314.102,49	312.196,16
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.205.731,94	286.258,84	-598.302,88	3.893.687,90	-3.402.482,76	-301.623,89	590.393,92	-3.113.712,73	779.975,17	803.249,18
3. Geringwertige Wirtschaftsgüter	0,00	120.483,29	-120.483,29	0,00	0,00	-120.483,29	120.483,29	0,00	0,00	0,00
	5.508.087,15	466.502,13	-718.786,17	5.255.803,11	-4.392.641,81	-479.960,85	710.877,21	-4.161.725,45	1.094.077,66	1.115.445,34
III. Finanzanlagen										
1. Beteiligungen	4.500.684,21	1.000.000,00	0,00	5.500.684,21	-6.479,00	0,00	0,00	-6.479,00	5.494.205,21	4.494.205,21
2. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Festgeldveranlagungen langfristig	44.000.000,00	27.000.000,00	-34.000.000,00	37.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	37.000.000,00	44.000.000,00
	48.500.684,21	28.000.000,00	-34.000.000,00	42.500.684,21	-6.479,00	0,00	0,00	-6.479,00	42.494.205,21	48.494.205,21
Summe	60.103.340,83	29.552.573,10	-34.718.786,17	54.937.127,76	-8.895.597,94	-1.615.024,09	710.877,21	-9.799.744,82	45.137.382,94	51.207.742,89

Rückstellungsspiegel zum 31. Dezember 2022

Art der Rückstellung	Stand am 01.01.2022	Verbrauch	Auflösung	Zuweisung	Stand am 31.12.2022
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Rückstellung für Abfertigungen	2.667.482,00	-338.350,72	-44.679,28	328.520,00	2.612.972,00
2. Rückstellung für Pensionen	1.429.538,00	-99.477,80	0,00	221.999,80	1.552.060,00
3. Sonstige Rückstellungen					
Prämien	525.653,30	-437.669,59	0,00	468.928,37	556.912,08
Nicht konsumierte Urlaube	1.814.919,11	-796.486,53	0,00	1.055.283,90	2.073.716,48
Zeitausgleich	404.221,08	-195.090,55	0,00	154.075,95	363.206,48
Jubiläumsgelder	341.824,99	0,00	-16.724,00	30.693,00	355.793,99
Ausstehende Eingangsrechnungen	641.168,83	-589.012,10	-49.311,23	747.387,52	750.233,02
Rückstellungen für Zusagen an Fördernehmer	0,00	0,00	0,00	233.037.983,00	233.037.983,00
Pauschalkorrekturen EU	1.253.200,00	0,00	-68.308,00	0,00	1.184.892,00
	4.980.987,31	-2.018.258,77	-134.343,23	235.494.351,74	238.322.737,05
	9.078.007,31	-2.456.087,29	-179.022,51	236.044.871,54	242.487.769,05

WIEN, FEBRUAR 2023

FFG LAGEBERICHT 2022

INHALTSVERZEICHNIS

1	ÜBER DIE FFG	3
1.1	Die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft FFG	3
1.1	Die Eigentümer der FFG.....	4
1.2	Übersicht über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.....	4
2	WEITERENTWICKLUNG DER FFG IM JAHR 2022.....	6
2.1	Außerordentliche Steigerung des Förderbudgets	6
2.2	Erste Finanzierungsvereinbarungen mit Eigentümerressorts	6
2.3	Erhöhung der Nachhaltigkeit.....	7
2.4	Ausweitung des FFG-Angebotsportfolios	7
2.5	Förderservice – die zentrale Anlaufstelle für Anfragen	10
2.6	Bewältigung der organisatorischen Herausforderungen	10
2.7	FFG international	11
2.8	Gutachten zur Forschungsprämie	14
2.9	Bundesländerkooperationen.....	14
2.10	Höhepunkte der FFG-Fördertätigkeit	15
3	FÖRDERSTATISTIK 2022	19
4	QUALITÄTSSICHERUNG IN DER FFG.....	21
4.1	Interne Audits	21
4.2	Projektcontrolling und Audit.....	21
4.3	Personal und Organisation.....	21
4.4	Digitale Transformation.....	21
4.5	Prozessmanagement	23
4.6	Umsetzungsprojekt FORTUNA.....	23
4.7	FFG-Kommunikation in Zahlen	23
5	PERSONALENTWICKLUNG IN DER FFG.....	24
6	RISIKOEINSCHÄTZUNG UND VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG	25
6.1	Risikoeinschätzung	25
6.2	Wesentliche Vorgänge nach Abschlussstichtag	25
6.3	Voraussichtliche Entwicklung.....	26

1 ÜBER DIE FFG

1.1 Die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft FFG

Die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG) wurde am 1.9.2004 durch das FFG-G BGBl I Nr. 73/2004 gegründet und ist die nationale Förderstelle für die wirtschaftsnahe Forschung in Österreich. Ziel und Auftrag der FFG ist die Stärkung des Forschungs- und Innovationsstandorts Österreich im globalen Wettbewerb und damit die nachhaltige Absicherung hochwertiger Arbeitsplätze und des Wohlstands in Österreich. Die FFG verfolgt dieses Ziel mit einem umfassenden Angebot von Dienstleistungen und Förderungen für österreichische Unternehmen und Forschungsinstitutionen. Die FFG versteht sich dabei als Partner der österreichischen Unternehmen und Institutionen in deren Bemühen, durch Forschung, technologische Entwicklung und stetige Innovationen ihre Wettbewerbspositionen auf den internationalen Märkten – und damit insgesamt den Standort Österreich – zu stärken. Die Integration aller wirtschaftsbezogenen FTI-Förderungen in die FFG sowie eine Zusammenführung der nationalen, europäischen und internationalen Förderagenden in der FFG bewirkte eine deutliche Effizienzsteigerung. Das Modell FFG überzeugt durch die Art der Aufgabenverteilung zwischen Politik und ausführender Agentur als Modell für ein modernes Governance-System. Die FFG selbst hat sich im österreichischen, aber auch im internationalen System als fixe Größe etabliert. Die FFG führt selbst keine Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten durch.

20.04.2020

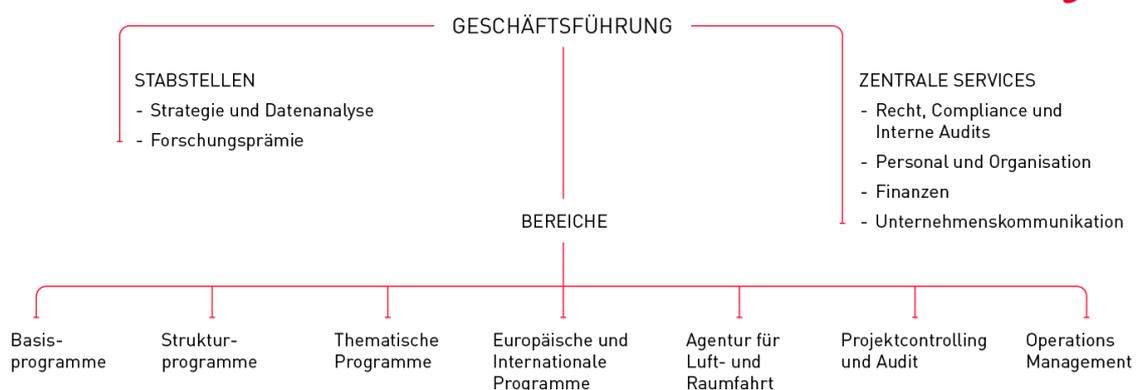


Abbildung 1: Das Organigramm der FFG

Die FFG gliedert sich in sieben operative Bereiche sowie zentrale Services und Stabstellen. Allen Organisationseinheiten steht die Geschäftsführung vor.

1.1 Die Eigentümer der FFG

Die FFG steht zu hundert Prozent im Eigentum der Republik Österreich. Eigentümerversorger des Bundes sind das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) und das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (BMAW). Der FFG-Aufsichtsrat besteht aus 15 stimmberechtigten Mitgliedern, wovon das BMK den Vorsitz und zwei Aufsichtsräte bestellt. Das BMAW beruft den stellvertretenden Vorsitz und ebenso zwei Aufsichtsräte in das Kontrollgremium. Des Weiteren delegieren Arbeiterkammer (AK), Gewerkschaftsbund (ÖGB), Industriellenvereinigung (IV) und Wirtschaftskammer (WKO) je eine Person in den Aufsichtsrat der FFG. Weitere fünf Personen entsendet der Betriebsrat der FFG. Der Rat für Forschung und Technologieentwicklung delegiert dessen Vorsitz und stellvertretenden Vorsitz mit beratender Stimme und der Wissenschaftsfonds FWF die Präsidentin seines Aufsichtsrats mit beratender Stimme in den FFG-Aufsichtsrat.

1.2 Übersicht über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Für das Unternehmen hat sich im Geschäftsjahr im administrativen Ergebnis nach dem Überschuss im Vorjahr wieder ein Überschuss von TEUR 3.968 (Vorjahr TEUR 4.703 Überschuss) für den Bund ergeben. Im operativen Bereich hat eine stabile Dotierung der Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln (operativ) stattgefunden, die dann durch die entsprechende Inanspruchnahme für die operativen Aufwendungen (grundsätzlich Auszahlungen) wieder abgebaut wurden. Die administrativen Zuschüsse, Kostenbeiträge und die Erträge aus der Inanspruchnahme von erhaltenen Zuschüssen aus öffentlicher Hand wurden zum Jahresende entsprechend den Verträgen und der Mittelgeberstruktur so abgegrenzt, dass ein Null-Jahresgewinn/Jahresverlust ausgewiesen wird.

1.3.1. Vermögenslage

Das Anlagevermögen hat sich auf TEUR 45.137 (Vorjahr TEUR 51.208) verringert. Die Finanzanlagen TEUR 42.494 (Vorjahr TEUR 48.494) sind gesunken, weil eine Disposition wegen der Verkürzung der Laufzeit jetzt im Umlaufvermögen ist. Das Umlaufvermögen TEUR 509.827 (Vorjahr TEUR 431.545) ist stark gestiegen. Die Gründe sind folgende. Die zur Deckung der noch offenen zugesagten Förderungen benötigten operativen Zuschüsse TEUR 43.023 werden erstmalig in den sonstigen Forderungen und Vermögensgegenständen ausgewiesen. Die Position Kassenbestand, Guthaben bei den Kreditinstituten auf TEUR 120.097 (Vorjahr TEUR 106.228) ist gestiegen und die Forderungen gegenüber den Förderempfängern (Darlehen) TEUR 337.024 (Vorjahr TEUR 315.876) haben sich wegen der gestiegenen Nachfrage im Basisprogramm erhöht. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen TEUR 8.355 (Vorjahr TEUR 8.507) sind leicht gesunken.

1.3.2. Finanzlage

Die Hauptpositionen in der Kapitalstruktur des Unternehmens sind die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln TEUR 136.414 (Vorjahr TEUR 338.286), die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. ERP-Fonds TEUR 86.667 (Vorjahr TEUR 87.330) und das Eigenkapital TEUR 18.742 (Vorjahr

TEUR 18.437). Die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln werden erstmalig um die noch offenen zugesagten Förderungen verringert, die in den sonstigen Rückstellungen TEUR 238.323 (Vorjahr TEUR 4.981) ausgewiesen werden. Die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln haben sich überdies auch durch die kontinuierliche Inanspruchnahme bei dosierter Dotierung durch die Mittelgeber verringert. Das Eigenkapital ist leicht gestiegen, weil die Dotierung für die gesetzliche Haftungsrücklage wegen des höheren Haftungsvolumens gestiegen ist. Zum Jahresende betragen die Guthaben (operativ und administrativ) bei den Kreditinstituten für Eigenmittel TEUR 120.077 (Vorjahr TEUR 106.217) und Treuhandmittel TEUR 199.202 (Vorjahr TEUR 87.850). Davon waren TEUR 75.700 (Vorjahr TEUR 0) in kurzfristigen (<12M) Dispositionen gebunden. Im Geschäftsjahr wurde die Liquidität laufend durch die rechtzeitigen Mittelanforderungen an die Mittelgeber, die Einzüge der Tilgungen und der Zinsen für die Darlehen und Kredite sichergestellt. Die operative Liquidität zum Jahresende ist für die Bedienung der Förderauszahlungen in den nächsten Quartalen des laufenden Geschäftsjahres ausreichend. Zum Jahresende betragen die administrativen Guthaben bei den Kreditinstituten TEUR 18.804 (Vorjahr TEUR 13.574). In dem Betrag stecken Gelder aus verschiedenen Geschäftsmodellen, die für die administrative Finanzierung der kommenden Perioden verwendet werden.

Im administrativen Bereich war die Finanzierung durch die pünktlichen, monatlichen Zahlungen aus den großen Verträgen mit den Auftraggebern gesichert gewesen. Die administrative Liquidität zum Jahresende ist ausreichend für die Bedienung der Auszahlungen in den ersten Monaten des kommenden Geschäftsjahres. Entsprechend dem Unternehmensreorganisationsgesetz (URG) beträgt die Eigenmittelquote (§ 23) 3,4 % und die fiktive Schuldentilgungsdauer (§ 24) ist 340 Jahre. Dies bedeutet, dass die FFG die gesetzlichen Indikatoren des § 36 Abs. 2 GmbHG nicht erfüllt und daher die Vermutung des Vorliegens einer Krise vorliegt. Die FFG ist allerdings anders als herkömmliche privatwirtschaftliche Unternehmen aufgesetzt. Die Finanzierung der FFG ist gesetzlich geregelt und deswegen ist diese Insolvenzprophylaxe entsprechend dem URG nicht für die FFG geeignet, weil sie in keiner Weise die gesetzlich geregelte Finanzierungsverpflichtung der öffentlichen Hand zur Erfüllung der Aufgaben der FFG berücksichtigt. Eine Verletzung der URG-Kennzahlen ist daher im Falle der FFG kein unmittelbarer Indikator für eine drohende Insolvenzgefahr, sondern ein systemimmanenter Umstand. Die FFG hat dies bereits mit den Gremien (Generalversammlung, Aufsichtsrat) besprochen und dazu rechtliche Expertisen eingeholt, wobei kein Reorganisationsbedarf gem. § 36 Abs. 2 GmbHG gesehen wird.

1.3.3. Ertragslage

Das Unternehmen hat im Geschäftsjahr im administrativen Bereich einen Überschuss von TEUR 3.968 (Vorjahr TEUR 4.703 Überschuss) auszuweisen. Der Verbrauch bzw. die Rückführung des Überschusses werden durch Verträge mit den Mittelgebern geregelt. Die administrativen Zuschüsse öffentlicher Hand und Kostenbeiträge (reduziert um den Überschuss) TEUR 46.912 (Vorjahr TEUR 42.109) sind gestiegen. Diese decken die gestiegenen Aufwendungen für Personal TEUR 34.731 (Vorjahr TEUR 31.782), die gestiegenen Aufwendungen für bezogene Leistungen TEUR 3.404 (Vorjahr TEUR 3.106) und die gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen TEUR 7.296 (Vorjahr TEUR 5.414) ab. Die Steigerung der Personalaufwendungen ist auf die planmäßige Veränderung der Vollzeitäquivalente und die Gehaltsanpassungen zurückzuführen. Die administrativen Kostenbeiträge aus dem Rahmenvertrag TEUR 37.535 (Vorjahr TEUR 34.946) sind gestiegen, weil auf Basis der Budgetierung höhere Zuwendungen beschlossen und dann auch teilweise benötigt wurden. Die administrativen Kostenbeiträge aus dem Beauftragungsvertrag EIP TEUR 5.182 (Vorjahr TEUR 4.464) sind ebenfalls gestiegen. Das administrative Finanzergebnis TEUR 146 (Vorjahr TEUR 11) reflektiert die höheren Zinsen am Finanzmarkt (ohne Verwahrungsentgelt TEUR 627). Die operativen

Aufwendungen der Eigenmittel betragen TEUR 227.265 (Vorjahr TEUR 254.391). Die darin enthaltenen Förderungen TEUR 220.834 (Vorjahr TEUR 230.209) sind gesunken, was durch niedrigere Förderauszahlungen aus der Nationalstiftung begründet werden kann. Die Darlehensaufwendungen TEUR 6.833 (Vorjahr TEUR 24.140) sind wegen der Erhöhung der Wertberichtigung der Darlehen aufgrund der Umstellung der Berechnungsmethode im Vorjahr gesunken. Die Zinserträge aus gewährten Darlehen im operativen Finanzergebnis TEUR 2.991 (Vorjahr TEUR 3.049) sind entsprechend den Verträgen mit den Darlehensnehmern leicht gesunken. Nach Berücksichtigung anderer, kleinerer operativer Effekte wurden die Erträge von erhaltenen Zuschüssen aus öffentlicher Hand TEUR 221.963 (Vorjahr TEUR 248.449) in Anspruch genommen. Die Erträge von erhaltenen Zuschüssen aus öffentlicher Hand sind entsprechend den Aufwendungen für Förderungen gesunken.

2 WEITERENTWICKLUNG DER FFG IM JAHR 2022

2.1 Außerordentliche Steigerung des Förderbudgets

Die FFG konnte im Jahr 2022 eine außerordentliche Steigerung ihrer Förderbudgets verzeichnen. Die Summe der Mittelbindungen stieg von rd. EUR 700 Mio. im Vorjahr auf rd. EUR 1,7 Mrd. 2022. Diese Steigerung resultierte insbesondere aus dem Start einer Reihe von Infrastrukturförderungsprogrammen wie der neuen Breitbandinitiative sowie den Programmen EBIN und ENIN (Emissionsfreie Busse bzw. Nutzfahrzeuge). Diese werden zum überwiegenden Teil aus der Resilience & Recovery Facility der Europäischen Union („Next Generation EU“) finanziert. Die FFG hat sich damit von einer reinen F&E-Förderagentur hin zu einer umfassenden Innovationsförderagentur weiterentwickelt. Jedoch wurden auch im F&E-Bereich frische Mittel bereitgestellt, etwa durch die nächste Tranche des Klimakonjunkturpakets des BMK oder das „Austrian Life Science Programme“ im Auftrag des BMAW. Für das Jahr 2023 werden der FFG zudem weitere Zusatzmittel im Rahmen der Transformationsoffensive zur Verfügung stehen. Damit können weitere Maßnahmen finanziert werden, um österreichische Unternehmen bei ihren transformationsrelevanten F&E-Investitionen zu unterstützen. Eine wesentliche Zukunftsaufgabe ist zudem die nationale Umsetzung der Missionen der Europäischen Union. Die FFG bereitete sich im Berichtsjahr auf ihre künftige Funktion als Mission Management Unit vor.

2.2 Erste Finanzierungsvereinbarungen mit Eigentümerressorts

Auf Basis des Forschungsfinanzierungsgesetzes (FoFinaG) konnten die ersten Finanzierungsvereinbarungen 2022–2023 mit den beiden Eigentümerressorts abgeschlossen werden. Diese bieten der FFG eigentümerseitig eine mehrjährige Finanzierungssicherheit. In diesem Kontext war die FFG mit einer Fülle notwendiger Systemumstellungen konfrontiert, u. a. ändern sich für die FFG die Jahresumsetzungsplanung (JUP), das Monitoring (künftig Themen-Monitoring), die Berichtspflichten (neu per März 2023) und die Evaluierungskonzepte. Rund um diese neuen Grundlagen werden

laufend Schulungs- und Lernangebote für FFG-Mitarbeiter:innen angeboten. Die neue Forschungsfinanzierungsvereinbarungen bringt zudem einen Soft-Relaunch der FFG-Website mit sich.

2.3 Erhöhung der Nachhaltigkeit

Die Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise gewinnt auch in der FFG zunehmend an Bedeutung. Die Förderung von Forschung, Innovation und Infrastruktur ist ein wesentlicher Treiber zur Entwicklung neuer Technologien, Geschäftsmodelle und Know-how und kann so auch zur Transformation beitragen. Neben langjährigen thematischen Programmen wie Mobilität der Zukunft oder Energie der Zukunft hat die FFG vor zwei Jahren begonnen, das Thema Nachhaltigkeit als Querschnittsmaterie zu forcieren.

Seit 2022 werden Projektanträge nun auch danach bewertet, welchen Beitrag die Projekte zur Erreichung der Klimaneutralität und anderer Nachhaltigkeitsziele leisten kann. Die Projektwerber werden im Antragsprozess aufgefordert, jene Sustainable Development Goals (SDGs) anzugeben, die das Projekt adressiert und in der Projektbeschreibung die erzielbaren Wirkungen klar und nachvollziehbar zu beschreiben. In der Bewertung der Projektanträge beziehen die Gutachter:innen auch das Prinzip „Do no significant harm“ (DNSH) ein. Ein Projekt kann nur dann in einer Nachhaltigkeitsdimension positiv bewertet werden, wenn es in anderen Aspekten keine schädliche Wirkung entfaltet.

Die Wirkungskette von FFG-Förderungen auf die Erreichung von Nachhaltigkeitszielen wurde bisher nicht strukturiert untersucht. Daher beauftragte die FFG im Jahr 2022 das Institut für Nachhaltigkeitsmanagement der WU Wien mit der Durchführung erster Fallstudien. Dafür wurden große CO₂-Emittenten ausgewählt, die gleichzeitig intensiv an der Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen forschen. Die Fallstudien konnten zeigen, dass - zumindest bei sehr großen Emittenten - die Effekte klar identifiziert und auch in ihrer Größenordnung abgeschätzt werden können.

Die FFG selbst unterliegt ab 2024 den Berichtspflichten der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) der EU. Im Jahr 2022 wurde die Datenlage zur ökologischen Dimension analysiert und weitere Schritte für das Jahr 2023 geplant. Weiters wurden Maßnahmen gesetzt, um den CO₂-Fußabdruck der FFG in den Bereichen Energieverbrauch und Mobilität zu reduzieren. Und das Engagement der Mitarbeiter:innen wurde unter anderem mit der Auszeichnung von „Climate Heroes“ und monatlich stattfindenden Nachhaltigkeitscafés gefördert.

2.4 Ausweitung des FFG-Angebotsportfolios

2022 wurde das FFG-Angebotsportfolio im Zuge der Aufstockung des Förderbudgets deutlich diversifiziert und hat sich über die Förderung von Forschung und Entwicklung hinaus entwickelt. Damit konnte die FFG im Jahr 2022 ihren Zielgruppen eine breite Palette an monetären und nicht monetären Unterstützungsmaßnahmen anbieten.

2.4.1 Schwerpunkte Energiewende, Kreislaufwirtschaft, Mobilitätswende

Auf Programmebene gab es 2022 zusätzliche Konjunkturmittel mit Fokus auf drei Schwerpunkten: Energiewende, Kreislaufwirtschaft, Mobilitätswende (die Mittelvergabe kann FFG-weit über

entsprechende Projekttitel und Zuordnungen ausgewertet werden). Allein im Bereich Energie und Umwelt gab es 2022 15 Ausschreibungen mit einem Budget von EUR 93 Mio. (gegenüber EUR 61 Mio. im Jahr 2021). Auch das Klimawandel-Grundlagenforschungsprogramm „Austrian Climate Research Programme“ (ACRP) des Klima- und Energiefonds wurde ins Portfolio der FFG übernommen. In der neuen Förderlinie „Co-Creation-Spaces Klima & Energie“ des Klima- und Energiefonds wurden zwei Ausschreibungen umgesetzt.

Berücksichtigt werden die Konjunkturmittel auch bei Förderungen im Basisprogramm (inkl. Startup-Förderung), Kleinprojekt und Impact Innovation. Auch im BRIDGE-Programm wurden 2022 Konjunkturmittel vergeben. Beim Einsteigerformat Öko-Scheck war eine sehr hohe Nachfrage zu verzeichnen: Die Ausschreibung musste nach einer Woche wegen Mittelausschöpfung vorzeitig geschlossen werden. Es konnten 338 Projekte genehmigt werden.

2.4.2 Life Sciences: Wichtige Impulse für den Wirtschaftsstandort

Österreich ist ein aktiver Life-Sciences-Standort mit international sichtbarer, exzellenter Forschung und Entwicklung und einer wachsenden Unternehmenslandschaft. Der Life-Sciences-Sektor weist im Vergleich zu anderen innovativen Sektoren eine der höchsten Forschungsquoten auf und trägt maßgeblich zur nationalen Wertschöpfung bei. Am 1. April 2022 startete das neue „Austrian Life Sciences“-Programm, das mit rd. EUR 50 Mio. für die Jahre 2022 und 2023 dotiert ist. Unterstützt werden F&E-Projekte im Bereich der Digitalisierung von Gesundheitsaspekten (Diagnostik, Telemedizin, Medizinprodukte etc.) und im Bereich der Arzneimittel- und Medizinprodukteentwicklung. In der Ausschreibung 2022 wurden die Förderinstrumente „Unternehmensprojekte Industrielle Forschung“ und „Unternehmensprojekte Experimentelle Entwicklung“ (Budget gesamt: EUR 15 Mio.) sowie „Klinische Studien – Infektionskrankheiten“ (Budget: EUR 12 Mio.) und „Leitprojekt“ (Budget: EUR 4 Mio.) angeboten.

2.4.3 Lab2Fab: Förderung für Entwicklung und Kommerzialisierung von Halbleiterprodukten

Die neue Technologieoffensive „Lab2Fab Semiconductor 2022“ startete in der FFG im Oktober 2022. Unterstützt werden Unternehmensprojekte, die zur Erhaltung bzw. Erlangung der Technologieführerschaft beitragen, eine hohe Relevanz für das Halbleiter-Wertschöpfungsnetzwerk aufweisen und einen Ausbau der Produktion bzw. Dienstleistungen in Österreich bzw. der EU bewirken können. Die FFG deckt mit ihrem Angebot die Forschungs- und Entwicklungsphase mit einem Fördervolumen von EUR 6 Mio. ab, die Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) deckt höhere TRL-Stufen¹ und die Umsetzungsphase mit weiteren EUR 6 Mio. ab. Projektanträge sind laufend möglich.

2.4.4 Veranstaltungsreihe Gigabit Academy

Die Gigabit Academy '22 war eine österreichweite Workshop-Reihe der FFG und des BMF, um das Verständnis, den Austausch und die Vernetzung rund um Gigabit- und 5G-Use-Cases zu fördern. Der offizielle Kick-off zu mehr als 170 Veranstaltungen erfolgte am 26. April 2022 im ARS Electronica

¹ TRL = Technology Readiness Level, deutsch: Technologie-Reifegrad

Center in Linz. Begleitend startete im Juni 2022 eine Foresight-Analyse zu Gigabit-Trends, die im November 2022 mit einer Fokusgruppe in der FFG abgeschlossen wurde.

2.4.5 Innovatorinnen-Programm für Frauen

2022 wurde der Pilot des mehrmonatigen Leadership-Programms „Innovatorinnen“ für Frauen in Forschung, Technologie und Innovation durchgeführt. Die 24 Workshops und Sessions wurden von 39 Teilnehmerinnen besucht, davon 21 Alumnae. Die laufende Evaluierung durch WPZ Research bestätigt die hohe Qualität und Wirksamkeit des Programms. Im Oktober startete die Bewerbungsmöglichkeit für den neuen Innovatorinnen-Leadership-Durchgang 2023.

2.4.6 Innovations.Räume: Regionale Vernetzung im Fokus

Innovations.Räume sind eine niederschwellige Pilotinitiative des BMF und der FFG, um Regionen dabei zu unterstützen, eine Innovationskultur in einer Region zu etablieren oder zu vertiefen – und damit längerfristig den Aufbau eines Innovationsnetzwerks im Sinne eines Innovationsökosystems zu unterstützen. Der verwendete Innovationsbegriff ist bewusst breit gefasst und schließt sowohl soziale als auch technisch-unternehmerische Innovationen mit ein. Die Pilotinitiative ist 2022 in die Umsetzungsphase eingetreten.

2.4.7 Regional.Digital.Innovativ: Arbeits- und Begegnungsräume am Land

Als erste Pilotinitiative zur Stärkung der Innovationsfähigkeit der Regionen wurde im Jahr 2020 das Projekt REGIONAL.DIGITAL.INNOVATIV. gestartet. Neue Arbeits- und Begegnungsräume am Land stehen im Zentrum dieser Pilot-Initiative des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BML). Die Pilotinitiative hat zum Ziel, innovative Leuchtturmprojekte am Land zu initiieren. 2022 wurden die Projekte „WeLocally“ und „Pop-up Dorfbüro als Testlabor“ erfolgreich abgeschlossen. Das dritte aus dem Ideation Day 2021 hervorgegangene Projekt, „Außilahna & Hoamkema“, startete Mitte 2022 und wird Anfang 2023 abgeschlossen.

2.4.8 Think.Wood: Holz als Kernelement einer zukunftsfähigen Bioökonomie

Der 2020 ins Leben gerufene Österreichischen Waldfonds ist mit insgesamt EUR 350 Mio. dotiert und umfasst zehn Maßnahmen für den Kernbereich der Forstwirtschaft und die gesamte Wertschöpfungskette Forst – Holz – Papier sowie gesellschaftliche Bedürfnisse. Das BML hat die FFG mit der Abwicklung der Maßnahmen „7 – Holzvergasung“ und „9 – Holzbau“ mit einem Budget von EUR 62 Mio. beauftragt. Die Ausschreibung Think.Wood.Innovation wurde im Jahr 2022 mit drei Einreichterminen fortgesetzt. Zusätzlich wurde die zweite Ausschreibung „BildungsLAB Wald & Holz“ innerhalb der Programmlinie Think.Wood.Bildung im August gestartet. 2022 wurde auch das neue Instrument „Bildungslabor“ entwickelt und erstmals ausgeschrieben. In der Programmlinie Think.Wood.Energie wurde im Dezember 2022 die F&E-Infrastruktur mit einem Gesamtbudget von EUR 28 Mio. ausgeschrieben.

2.4.9 Foresight: Neue Ansätze zum Trendmonitoring

Mit der Anschaffung eines leistungsfähigen Foresight-Tools hat die FFG ihre Möglichkeiten erweitert, Trends auf Basis von Datenanalysen frühzeitig zu erkennen. Im Rahmen einer Pilotstudie 2022 wurden im Themenfeld „Digitalisierung in der Holzverarbeitung und Holzbauindustrie“ die Potenziale des Trendmonitorings für die Holzbranche und das BML untersucht. Basierend auf den Ergebnissen

einer Expert:innenrunde wurde das Trendradar aufgesetzt und ein iterativer Bewertungsprozess gestartet. Die vorläufigen Ergebnisse wurden im Rahmen einer Fokusgruppe im Dezember 2022 validiert und anschließend beim „woodCircle Innovation“ vorgestellt.

2.4.10 Quantum Austria: Quantentechnologien – von den Grundlagen zum Markt

Im Auftrag des BMBWF und finanziert von der Europäischen Union im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplans führen FWF und FFG bis 2026 die Förderinitiative Quantum Austria durch. FWF und FFG setzen dazu eine Auswahl ihrer jeweiligen Förderungsinstrumente für Personal und Infrastruktur ein. Ein Teil der Mittel sind für Forschungsinfrastruktur im höchstinnovativen Bereich von next generation High Performance Computing, Quantencomputing sowie deren Verknüpfung vorgesehen. 2022 wurden von der FFG zwei Ausschreibungen im Bereich F&E-Infrastruktur durchgeführt.

2.4.11 Spin-off-Fellowship: Aus der Forschung in die Gründung

Mit dem Förderprogramm des BMBWF werden an Hochschulen und Forschungseinrichtungen frühzeitig Impulse gesetzt, um das Umfeld für zukünftige Spin-offs entscheidend zu verbessern. Das Programm richtet sich an alle Forscher:innen, die sich mit ihrer Forschungsidee selbstständig machen möchten und sich entschieden haben, einen anderen herausfordernden Karriereweg einzuschlagen. Insgesamt stehen von 2022–2025 EUR 13,5 Mio. an Fördermitteln zur Verfügung. Es ist geplant, jährlich eine Einreichrunde abzuwickeln. Bei der 1. Ausschreibung 2022 wurden 36 Projekte eingereicht und 11 Projekte zur Förderung empfohlen.

2.5 Förderservice – die zentrale Anlaufstelle für Anfragen

Das FFG-Förderservice gibt Orientierung in der Förderlandschaft, berät telefonisch, elektronisch sowie im Rahmen von Veranstaltungen auch persönlich zu Förderungsprogrammen und unterstützt bei Fragen zur Antragstellung. Kund:innen erhalten damit schnell, unbürokratisch und qualitativ hochwertig Rückmeldung zu ihren Anfragen. Auch Auftraggeber, andere Förderagenturen und die FFG-Mitarbeiter:innen können mit dem Förderservice auf einen zentralen Wissens-Hotspot zugreifen. 2022 wurden insgesamt 15.116 Anliegen bearbeitet, davon 768 in Form von Orientierungsgesprächen zu Fördermöglichkeiten.

2.6 Bewältigung der organisatorischen Herausforderungen

Der interne Beratungs- und Abstimmungsaufwand wurde 2022 durch die Ausweitung des FFG-Geschäftes erheblich gesteigert und hat die Ressourcen der operativen Bereiche ebenso wie von Operations Management und der Abteilung Recht, Compliance und Interne Audits erheblich belastet. Ebenso erforderte die COVID-19-Pandemie auch im dritten Jahr rasches, unbürokratisches Handeln. Vor allem das Beratungs- und Informationsservice und digitales Arbeiten in der FFG waren entscheidend. Zügige Fristerstreckung, Stundung von Darlehensrückzahlungen und ähnliches wurden mit größter Flexibilität bearbeitet. Soweit möglich, wurden Auszahlungen von Förderraten forciert und Verlängerungen von Fristen eingeräumt (z. B. für Berichtslegungen, Retournierung von Verträgen etc.). Der durch die COVID-19-Pandemie notwendige Home-Office-Betrieb der FFG (phasenweise bis zu 100 %) wurde auch im Jahr 2022 sichergestellt. Um einen ungehinderten Betrieb und eine Weiterentwicklung diverser Online- und Hybridformate zu ermöglichen, wurde das Management

kritischer Ressourcen optimiert (Lizenzen für Online-Meetings, Kollaborationssoftware, Upgrade und Ausbau der Netzinfrastruktur, Upgrade der Serverinfrastruktur). Zudem wurden Weiterbildungen zu agilem Arbeiten angeboten.

2.7 FFG international

Die FFG unterstützt mit ihrem Bereich Europäische und internationale Programme (EIP) als Nationale Kontaktstelle (NCP) Forschungseinrichtungen und Unternehmen in Österreich gezielt mit einem umfassenden Informations- und Beratungsangebot zu europäischen und internationalen FTI-Programmen und Initiativen. Bereits 2021 wurde die FFG für weitere sechs Jahre mit dieser Aufgabe beauftragt (Auftraggeber: BMBWF, BMAW, BMK, BML, BMLV, BMSGPK, WKÖ). Die FFG hat auch bei der Erarbeitung der nationalen Handlungsempfehlungen zur Implementierung der EU-Missionen mitgewirkt (Ko-Vorsitz BMBWF und BMK) und insbesondere die Mission „Action Groups“ inhaltlich und organisatorisch unterstützt. Im Dezember 2021 erfolgte die Aufnahme der FFG in den IGLO-Verbund (Informal Group of RTD Liaison Offices), 2022 wurde intensiv am Kooperationsaufbau gearbeitet. Dies stärkt die Repräsentanz österreichischer FTI-Organisationen in Brüssel.

Auch im Rahmen der europäischen Initiative „TRAMI – Making Missions Work“ leistet die FFG einen maßgeblichen Beitrag zur Umsetzung der EU-Missionen. TRAMI startete im April 2022, und die FFG ist für die Organisation von zwei European Mission Forums (im Jänner 2023 und Februar 2024 im Rahmen der belgischen EU-Ratspräsidentschaft) sowie für den Aufbau eines European Mission Network verantwortlich (gemeinsam mit DLR-PT).

2.7.1 Horizon Europe: Das größte transnationale Forschungsförderungsprogramm der Welt

Horizon Europe, das Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation, wurde mit EUR 95,5 Mrd. für die Jahre 2021-2027 budgetiert. Bis Herbst 2022 wurden aus Horizon Europe Fördermittel in Höhe von rund EUR 436 Mio. für heimische Institutionen zugesagt. Bei der Erfolgsquote nach Beteiligungen liegt Österreich mit 22,8 % über dem Schnitt und derzeit auf Platz 10. Analysen zeigen, dass Projekte mit Unterstützung der FFG erfolgreicher abschneiden als jene Projekte, die nicht von der FFG begleitet wurden.

Auch 2022 bildete die Information und Beratung der österreichischen Forschungscommunity und Multiplikatoren speziell zu den Neuerungen (z. B. Clusterstruktur, neue Partnerschaften, Missionen) in Horizon Europe einen Tätigkeitschwerpunkt. Ein Highlight war dabei die Online-Veranstaltungsreihe „Join Your Community! Neue Schwerpunkte in Horizon Europe“ im September 2022. Über 7 Tage hinweg informierten 44 Referent:innen in 16 Onlinesessions über Neuigkeiten und Wissenswertes. Rund 650 Interessierte nahmen an der Veranstaltungsreihe teil. Sie bildete zugleich den Auftakt zur neuen, von der FFG organisierten „Horizon Europe Community Österreich“. Die Community vernetzt österreichische Forschende, FTI- und Nicht-FTI-Organisationen, Verwaltung, Förderagenturen, Bürgerinitiativen und Anwender:innen.

Das Angebot der FFG-Akademie wurde 2021 neu aufgesetzt und an die Anforderungen von Horizon Europe angepasst, 2022 war das Programm bereits in vollem Gang mit einer Reihe von Learn&Apply-Angeboten, welche u. a. Trainings zur Antragstellung sowie zum Management von Projekten in Horizon Europe umfasste. Wissens- und Erfahrungsaustausch fand im Rahmen der Meet&Share-

Angebote der FFG-Akademie statt. Die Help-yourself-Angebote auf der FFG-Webseite wurden kontinuierlich erweitert, hier können Interessierte jederzeit Basiswissen zur Antragstellung oder zur Abrechnung von EU-Projekten abrufen.

2.7.2 EIC Accelerator: Bahnbrechende Innovationen zur Umsetzung bringen

Der Europäische Innovationsrat (European Innovation Council, EIC) unterstützt bahnbrechende Innovationen mit disruptiven Auswirkungen und internationalem Skalierungspotenzial. Die EIC-Finanzierungsinstrumente decken den gesamten Zyklus der Innovationsentwicklung ab. Im Programm EIC Accelerator wurde der bereichsübergreifende Austausch innerhalb der FFG, aber auch mit der aws intensiviert, um passende KMU zu identifizieren. Zusätzlich wurde 2022 ein neues Accelerator-Format namens „Plug-in“ eingeführt. Dadurch können Unternehmen, die bereits bei den FFG-Basisprogrammen oder beim aws Seedfinancing-Programm gefördert wurden, die erste Runde (Short Application) des EIC-Accelerator-Programmes überspringen und direkt einen Vollantrag einreichen. Der EIC Accelerator hilft KMU, mit ihren hochdisruptiven Innovationen vom Prototyp bis zur Marktreife zu gelangen, um dann international zu skalieren und global zu wachsen.

2.7.3 Enterprise Europe Network (EEN): Services für KMU weiter ausgebaut

Das Enterprise Europe Network ist mit rund 600 regionalen Partnerorganisationen das weltweit größte Servicenetzwerk für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Bereich Innovation, Internationalisierung und Technologietransfer. Das Enterprise Europe Network begann mit 1.1.2022 auf der Basis einer neuen vertraglichen Grundlage mit der Europäischen Kommission, angepasst an die neuen politischen Prioritäten und Initiativen der EU. Im Vordergrund steht nun, KMU beim Übergang zu nachhaltigeren Geschäftsmodellen und den Herausforderungen der Digitalisierung zu unterstützen. Dafür werden vom EEN gewährte Services bereitgestellt und neue Angebote entwickelt, wie „Sustainability Advisors“ (Referent:innen für Nachhaltigkeit) und „Scale-up Advisors“ (Referent:innen für die Skalierung von Unternehmen) oder ein neues Assessmenttool für Nachhaltigkeitsberatungen. Das EEN-Team in der FFG organisierte im Jahr 2022 mehr als 25 nationale und internationale Events zu unterschiedlichen Schwerpunkten mit dem Ziel, österreichische KMU bei der Anbahnung internationaler Kooperationen zu unterstützen.

2.7.4 Eureka/Eurostars: Initiativen für anwendungsnahe Forschung und Entwicklung

Neben der laufenden Ausschreibung für Eureka-Netzwerkprojekte und den jährlichen Ausschreibungen für Eureka-Cluster-Projekte wurden 2022 vier weitere Eureka-Ausschreibungen organisiert: eine Donaauraum-Ausschreibung mit Fokus Westbalkan, eine Photonics-Ausschreibung, der Eureka Cluster Sustainability Call und eine multilaterale Ausschreibung mit Chile. Insgesamt wurden 2022 neun neue Eureka-Netzwerk- und Cluster-Projekte eingereicht.

Innerhalb der von der EU ko-finanzierten „Partnership on Innovative SMEs“ kam es 2022 zu zwei Eurostars-3-Ausschreibungen. Dabei wurden zum Frühjahrstermin 37 Projekte mit österreichischer Beteiligung eingereicht und fünf Projekte gefördert. Zum Herbsttermin wurden 28 Projekte eingereicht, und werden voraussichtlich sieben gefördert.

Erstmals in der Partnerschaft für innovative KMU wurde eine „Innowwide“-Ausschreibung durchgeführt. Innowwide fördert Projekte, um die Durchführbarkeit von Forschung oder kommerziellen Vorhaben auf internationalen Märkten zu prüfen. Diese Ausschreibung wies einen

Afrika-Schwerpunkt auf. Österreich hat sich an sechs Projekteinreichungen beteiligt, davon zwei mit afrikanischen Partnern. Die Förderentscheidung wird im Frühjahr 2023 getroffen.

2.7.5 TECXPORT: Neue Geschäftschancen in Fernmärkten

Mit TECXPORT unterstützt das BMK die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsposition österreichischer Technologieanbieter. 2022 kamen vier Programmmodule zum Einsatz: Tecxport Online-Plattform, Austrian Technology Days (ATDs), FTI-Förderungen für Tailored Innovation und FTI-Förderungen für bilaterale FTI-Kooperationen. Im Jahr 2022 wurden 13 thematische Austrian Technology Days (ATDs) organisiert, und ein bilateraler FTI-Call mit Jiangsu (China) durchgeführt. Das neue Förderprogramm „Tailored Innovation“ wurde 2022 als Pilot getestet.

2.7.6 Joint Programming Initiative „Urban Europe“

In der Joint Programming Initiative (JPI) „Urban Europe“ lag der Fokus 2022 auf dem Start der europäischen Partnerschaft „Driving Urban Transitions“ (DUT), der Verhandlung des Grant Agreements mit der Europäischen Kommission und der Umsetzung erster Maßnahmen, u. a. dem Launch des ersten Calls. Parallel wurde im Rahmen des Missionsprogrammes von Horizon Europe ein neues Projekt eingereicht mit dem Ziel, ein globales Netzwerk zu klimaneutraler Transformation aufzubauen. Das Projekt startete im Dezember 2022.

2.7.7 IraSME: Länderübergreifende Vernetzung von KMU

IraSME (International Research Activities in SME) unterstützt den Auf- und Ausbau länderübergreifender Unternehmenskooperationen mit Netzwerkcharakter, in deren Rahmen konkrete FTI-Projekte umgesetzt werden. Beim 29. Call wurden 26 Projekte eingereicht. Aufgrund der starken Überzeichnung konnte das Budget von ursprünglich EUR 1 Mio. auf ca. EUR 1,4 Mio. aufgestockt werden. Es wurden fünf Projekte zur Förderung genehmigt.

2.7.8 M-ERA.NET: Das Netzwerk für Materialforschung

M-ERA.NET ist ein europäisches Netzwerk zur Koordination von nationalen und regionalen Forschungsprogrammen im Bereich „Materials Research and Innovation“, das von der FFG koordiniert wird. Bei M-ERA.NET 2 kam es 2022 zu den Final Assessments und Project Reviews durch die Europäische Kommission. Die 2022 durchgeführte Ausschreibung von M-ERA.NET 3 war mit 45 beteiligten Förderorganisationen und einem Budget von EUR 70 Mio. der größte Call aller ERA-NETs. Im Rahmen der Unterstützungsplattform ERA-LEARN wurde im November ein Partnership-Stakeholder-Forum in Präsenz mit 300 Teilnehmer:innen durchgeführt.

2.7.9 European Defence Fund (EDF): Ausbau der Verteidigungsforschung

Das Jahr 2022 stand für den Europäischen Verteidigungsfonds im Zeichen der Festigung der Verteidigungsforschungs-Community. Durch die Teilnahme an internationalen Messen wurde die bisher nicht FTI-fokussierte Verteidigungsindustrie in Österreich angesprochen und Kontakte zur europäischen Großindustrie geknüpft. Die FFG war weiterhin in den Gremien rund um den EDF präsent und setzte die Unterstützung des BMLV fort. Eine aktive Rolle spielte die FFG in der Vorbereitung einer Einreichung für ein Projekt der National Focal Points im EDF.

2.7.10 National Cybersecurity Coordination Centre aufgebaut

Für das European Cybersecurity Competence Centre (ECCC) und sein Netzwerk der National Coordination Centres (NCC) war das Jahr 2022 durch den Aufbau der Strukturen gekennzeichnet. Dazu hat die FFG in verschiedenen ECCC-Arbeitsgruppen mitgewirkt und war im Netzwerk der NCCs im laufenden Austausch mit den anderen europäischen Akteuren. Für 2023 ist ein österreichisches CyberSecurity-Förderprogramm für KMU in Ausarbeitung.

2.7.11 Forschungszusammenarbeit „Beyond Europe“

Zur Stärkung der FTI-Kooperation mit Ländern außerhalb der EU gab es 2022 internationale EU-Initiativen speziell in Richtung Afrika, Lateinamerika und Westbalkanländer. Die FFG beteiligte sich 2022 als Konsortialpartner an der erfolgreichen Beantragung des „Tenders Service Facility in Support of the Global Approach in Research and Innovation“ der Europäischen Kommission. Diese Dienstleistungseinrichtung zur Unterstützung des globalen Ansatzes im Bereich Forschung und Innovation wird die Europäische Kommission in den nächsten Jahren bei der Verwirklichung ihrer internationalen Forschungs- und Innovationsziele unterstützen.

2.8 Gutachten zur Forschungsprämie

Auch 2022 erfüllte die FFG mit über 100 technischen Expert:innen den gesetzlichen Auftrag, Begutachtungen zur Forschungsprämie durchzuführen, und unterstützt damit die Finanzämter. Die Begutachtungstätigkeit wird über die interne Stabstelle Forschungsprämie koordiniert. Das Team betreut auch die eingerichtete Hotline, über die Unternehmen Auskünfte zum Verfahren bzw. auch Beratung bei ablehnenden Gutachten erhalten. 2022 wurde das über Finanzonline erreichbare Eingabeformular (Applikation Forschungsprämie) modernisiert und die Usability der Benutzeroberfläche verbessert.

Die Forschungsprämie beträgt 14 % der Forschungsaufwendungen. Im Kalenderjahr 2022 wurden 2.510 Jahresgutachten mit einem beantragten Forschungsprämienvolumen von EUR 1,18 Mrd. von den Unternehmen bzw. ihren steuerlichen Vertretungen angefordert. Die in der Verordnung zugesicherte Frist für die Bearbeitung (4 Monate max. Bearbeitungsdauer, Ziel: 2 Monate) wurde auch 2022 wieder unterschritten und betrug durchschnittlich 6 Wochen.

Die Begutachtungsleistungen der FFG können von der Finanzverwaltung auch in allen weiteren Stufen des Abgabeverfahrens in Anspruch genommen werden. 366 Mal standen FFG Expert:innen im Jahr 2022 der Finanzverwaltung mit Stellungnahmen unterstützend zur Verfügung. Der in den letzten Jahren etablierte laufende Austausch zwischen der Finanzverwaltung und FFG wurde 2022 weiter intensiviert.

2.9 Bundesländerkooperationen

Im Rahmen einer Förderkooperation mit den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Tirol erhöht sich die Projektfinanzierung für Unternehmen aus den genannten Bundesländern durch das erhöhte Darlehen auf 70 % der Projektkosten. Die Verhandlungen zur Fortsetzung der vertraglichen Kooperationen 2023 wurden noch im Berichtsjahr

2022 erfolgreich abgeschlossen. Bis auf die Erhöhung der Risikoprämie (von 6 % auf 10 %) durch das Land Steiermark werden die Konditionen in unveränderter Form angeboten. Um mögliche größere Darlehensausfälle besser zwischen der FFG und den Bundesländern verteilen zu können, kommt die Flexibilitätsklausel in den Kooperationsverträgen zur Anwendung. Die verschiedenen Bonus-Modelle sind zeitgemäß (z. B. KMU-Bonus, Kooperationsbonus, Nachhaltigkeitsbonus, Themenbonus) und werden entsprechend vergeben.

2.10 Höhepunkte der FFG-Fördertätigkeit

2.10.1 Kompetenzzentrenprogramm COMET

Die 6. Ausschreibung für COMET-Zentren (K1) wurde 2022 erfolgreich abgewickelt. Hearings und Jury fanden im Juni 2022 statt. Es wurden acht COMET-Zentren genehmigt, darunter sieben bestehende und ein neues K1-Zentrum (Wasserstoff). Zwei bestehende K1-Zentren befinden sich im Phasing-Out. Die 3. Ausschreibung der COMET-Linien COMET-Module und COMET-Projekte wurde im November 2022 erstmals parallel gestartet. Die Jurysitzung für beide Calls wird im November 2023 stattfinden.

2022 wurde das Review für die ersten sechs COMET-Module durchgeführt, außerdem wurde die Zwischenevaluierung der drei K1-Zentren der 5. COMET-Ausschreibung umgesetzt bzw. für 2023 vorbereitet. Ebenso wurde die Überführung der K2-Zentren in die allgemeine COMET-Zentren-Linie (K1) 2022 durch die Zwischenevaluierung der letzten beiden K2-Zentren gestartet.

Im 4. Quartal 2022 wurde die Empfehlung der COMET-Programmevaluierung umgesetzt, das Monitoring in Zukunft online durchzuführen. Auch die Weiterentwicklung des COMET-Programmes wurde fortgesetzt. Bestehende Zentren werden weiterhin im Wettbewerb mit neuen Initiativen stehen. COMET Zentren sollen auch gesellschaftliche Herausforderungen behandeln. Mehr Gewicht wird auch den Kommunikationsaktivitäten der COMET-Zentren zukommen.

2.10.2 Bereich Basisprogramme: Angespannte Budgetsituation 2023

Aufgrund der nach wie vor hohen Projektzahlen und der gleichzeitig gestiegenen Projektkosten hat das BMK einen Budgetvorgriff auf das Grundbudget 2023 genehmigt. Dieser Vorgriff hat die Förderungen der Oktober-Sitzung vom 25.10.2022 abgedeckt. Die Projekte aus der Dezember-Sitzung wurden über einen Vorgriff auf die FFG-Darlehensrückflüsse von 2023 iHv EUR 28 Mio. gefördert. Betreffend des Budgets 2023 gab es laufend intensive Gespräche mit dem BMK und dem BMAW, auch zur Vorbereitung der Abwicklung von Mitteln aus der Transformations-Offensive der Bundesregierung. Im Bereich Basisprogramme wurden Vorbereitungen zur Abwicklung eines Volumens in der Größenordnung von EUR 50 bis 70 Mio. EUR für transformative Unternehmensprojekte und ein adaptiertes Frontrunner-Format getroffen. Erfreulich war die Mittelzusage aus dem Fonds Zukunft Österreich im Jahr 2022, in der dem Bereich Basisprogramme Mittel in der Höhe von rund EUR 16 Mio. gewidmet sind (z. B. für Fab2Lab, disruptive/radikale Innovationen).

2.10.3 Zinssatzänderungen im März und Oktober 2022 erforderlich

Noch im Jänner 2022 (Wirksamkeit März-Sitzung vom 23.3.2022) hat die FFG den Darlehenszinssatz von 0,75 % auf 0,25 % gesenkt. Der Zinssatz wurde jedoch bedingt durch den seit Juli 2022 stark

steigenden EU-Referenzzinssatz (per 1.10.2022 bei 1,03 %) mit der Oktober-Sitzung vom 25.10.2022 wieder von 0,25 % auf 1 % angepasst.

2.10.4 KMU, Start-ups und Gründer:innen

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) spielen eine zentrale Rolle in Österreichs Wirtschaft und bilden daher auch eine wichtige Gruppe von Fördernehmern für die FFG. Die FFG hat für diese Zielgruppe ein abgestimmtes Förderangebot entwickelt, das alle Phasen des Forschungs- und Entwicklungsprozesses abdeckt. Es reicht von der Ideenfindung (Spin-off Fellowship, Innovationsscheck, Patent.Scheck, Impact Innovation), Produktentwicklung (Projekt.Start, Startup-Förderung) bis zur Markteinführung (Markt.Start). Die Förderungen sind in der Regel themenoffen und decken bis zu 80 % der Gesamtkosten ab. Ergänzt wird das Angebot durch ein breites Spektrum kooperativer Förderungen, Qualifizierungsmaßnahmen und weitere Angebote wie z.B. die Digital Innovation Hubs. Insgesamt leisten diese Formate einen wichtigen Beitrag zur Verbreiterung der Innovationsbasis in Österreich. Im Jahr 2022 hat die FFG für Startups und Scaleups insgesamt EUR 82 Mio. investiert. Spezielle Fördermöglichkeiten für KMU bieten auch europäische und internationale Programme wie Horizon Europe und Eurostars.

2.10.5 15 Jahre Innovationsscheck im Auftrag von BMK und BMAW

Der Innovationsscheck der FFG ist das niederschwellige Einstiegstool, um heimischen KMU die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen finanziell zu erleichtern. Vor 15 Jahren wurde dieses Förderinstrument ins Leben gerufen. Seither hat die FFG 5.975 Innovationsscheck-Projekte mit einem Gesamtvolumen von EUR 48,6 Mio. gefördert, weitere 2.000 Projekte wurden bewilligt.

2.10.6 COIN: Kooperation & Innovation

Bei der 14. Ausschreibung der KMU-Innovationsnetzwerke im Rahmen des COIN-Programms wurden bis 31.3.2022 34 Projekte eingereicht und sieben Projekte zur Förderung genehmigt. Dafür stand ein Budget von rd. EUR 3 Mio. zur Verfügung. Die 15. Ausschreibung KMU-Innovationsnetzwerke 2022 startete am 1.12.2022 (Einreichschluss: 31.3.2023). Im COIN-Aufbau-Programm „FH-Forschung für die Wirtschaft“ kam 2022 eine mit EUR 8 Mio. dotierte Ausschreibung zum Abschluss: 44 Vollerträge wurden eingereicht, 13 zur Förderung empfohlen.

2.10.7 Qualitätssicherung für Silicon Austria Labs

Das Team Exzellenz wurde vom BMK mit der Qualitätssicherung der Silicon Austria Labs GmbH (SAL Aufbauphase 2019–2023) betraut. Auf Wunsch des BMK wurde der Review 2 vorgezogen und im Oktober 2022 durchgeführt. Es wurden v. a. Empfehlungen des Kick-off-Reviews und des Reviews 1 überprüft sowie die ersten Pläne für die Periode 2024–26. Im Jahr 2022 wurde der vierte Jahresbericht überprüft. Parallel läuft eine SAL-Programmevaluierung durch Technopolis.

2.10.8 Digitale Technologien

In diesem Themenfeld kam es 2022 zur verstärkten Ausrichtung der Förderungen auf die Schwerpunkte Klimawende, Breitband, Quantentechnologien und Künstliche Intelligenz (KI). Im Rahmen der neuen Förderperiode von „Breitband Austria 2030“ (Gesamtbudget EUR 929 Mio.) fanden 2022 erste Jurysitzungen statt, ebenso im neuen Programm „Quantum Austria“ (s. Kapitel 2.4). Gemeinsam mit aws und FWF erhielt die FFG die Förderzusage des Fonds Zukunft Österreich für

die gemeinsame „AI Mission Austria“. Zudem wurden in Abstimmung mit dem BMBWF und dem BMF neue Förderformate in den Bereichen Breitband und Quantentechnologien entwickelt.

2.10.9 Industrielle Technologien

Das für die Themen Produktion und industrielle Technologien vorgesehene Förderbudget ist 2022 im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen, nämlich auf rund EUR 29 Mio. Insgesamt wurden 10 Ausschreibungen durchgeführt. Am jährlichen „Forum Produktion“, das 2022 wieder in Präsenz durchgeführt werden konnte, gab es rd. 200 Teilnehmer:innen. Außerdem wurde ein neues Finanzierungsmodul zur Ko-Finanzierung eines österreichischen Vorhabens (QCI AT) im Rahmen von Digital Europe (Euro QCI) definiert. Zudem startete die Konzeptionsphase für die 2024 geplante Zusammenführung der Förderschwerpunkte Produktion und Material unter dem inhaltlichen Dach der Kreislaufwirtschaft.

2.10.10 „Know-how-Nahversorger“ für KMU: Die Digital Innovation Hubs

Sechs Digital Innovation Hubs (DIH), die aus den ersten beiden Ausschreibungen eine Förderung bekommen haben, unterstützen mit ihrer Expertise und Infrastruktur österreichische Klein- und Mittelbetriebe bei der Digitalisierung. In diesen einzigartigen Zentren treffen unterschiedlichste Kompetenzen, Disziplinen, Ideen, Technologien und Kreativität aufeinander. Die 3. Ausschreibung für Digital Innovation Hubs mit dem Schwerpunkt Künstliche Intelligenz startete am 3.11.2022 und läuft bis 7.3.2023. Die Ausschreibung für vier österreichische „European Digital Innovation Hubs“ startete Mitte Dezember – gemeinsam mit „agrifoodTEF“ zur Einrichtung eines KI-gestützten Innovationslabors am Agrar- und Lebensmittelsektor. Dabei kommt das neu entwickelte Förderinstrument „Innovationslabor Ko-Finanzierung“ erstmals zur Anwendung. Sowohl die European Digital Innovation Hubs als auch die „Testing and Experimentation Facilities“ (TEF) sind wichtige Instrumente des neuen „Digital Europe“-Programms.

2.10.11 Qualifizierung & Karriere im Fokus

Das Interesse an Programmen und Instrumenten im Bereich Qualifizierung und Karriere hat sich 2022 insgesamt weiter verstärkt. Am 4. Oktober startete die Ausschreibung „Industriennahe Dissertationen 2022“. Außerdem wurde 2022 die 4. Ausschreibung von „Dissertationsprogramm der FH Oberösterreich“ durchgeführt. Gemeinsam mit dem FWF wurde ein neues wirtschaftsnahes Doktoratsprogramm entwickelt.

Im Rahmen der Qualifizierungsoffensive wurde die 2. Ausschreibung „Digital Skills Checks“ abgewickelt. Über 1.860 Checks im Gesamtwert von rund EUR 3,2 Mio. wurden an Unternehmen vergeben. Im Dezember 2022 wurde die 3. Ausschreibung „Digital Skills Checks“ geöffnet.

Die Ausschreibungen „Innovationscamps 2022“ und „Digital Pro Bootcamps 2022“ wurden Anfang Mai 2022 als laufende Ausschreibungen mit einem adaptierten Instrument gestartet. Die Ausschreibungen sind mit EUR 3 Mio. (Innovationscamps) bzw. EUR 2 Mio. (Bootcamps) dotiert und laufen bis längstens 31.10.2023. Im Jahr 2022 wurden insgesamt acht „Innovationscamps M“ mit knapp EUR 3,1 Mio bewilligt, weiters wurden 20 „Innovationscamps S“ gefördert.

Im BMK-Schwerpunkt „Talente“ werden Menschen in Forschung und Entwicklung über den gesamten Karriereverlauf unterstützt. Drei konkrete Ziele werden dabei verfolgt: Junge Menschen für Forschung

und Entwicklung begeistern, Forschende mit der Wirtschaft vernetzen und gleiche Chancen für alle garantieren. Im Jahr 2022 wurden Ausschreibungen in den Programmlinien „FEMtech Karriere“, „FEMtech Forschungsprojekte“, „Talente regional“ und „Talente Praktika“ durchgeführt. Insgesamt konnten 700 Praktika für Schüler:innen sowie 433 Praktika für Studentinnen gefördert werden. In der Ausschreibung „FEMtech Forschungsprojekte 2021“ konnten von 37 eingereichten Förderansuchen zehn Projekte mit insges. EUR 2,6 Mio. gefördert werden, die Hälfte davon im Bereich Klima und Umwelt.

2.10.12 Breites Förderangebot für die Mobilitätswende

Im Jahr 2022 wurden im Themenbereich Mobilität mehrere Ausschreibungen zu den Missionsfeldern Städte, Regionen, Digitalisierung und Technologien durchgeführt, darunter eine trilaterale Kooperation mit Deutschland und der Schweiz zum Thema „Dekarbonisierung, Biodiversität und aktive Mobilität“. Außerdem wurde ein neues Förderinstrument „Öffentlich-öffentliche Kooperation“ für klimaneutrale Pionierstädte entwickelt. Zu den aus der europäischen Recovery and Resilience Facility (RFF) finanzierten Programmen, die über die FFG abgewickelt werden, zählen Investitionsförderungen für emissionsfreie Busse und deren Lade- und Tankinfrastruktur (EBIN) sowie die Förderung emissionsfreier Nutzfahrzeuge und deren Infrastruktur (ENIN). Darüber hinaus beteiligte sich die FFG 2022 mit dem Thema Leichtbau in der Mobilität am internationalen Netzwerk M.ERA-NET, und in Kooperation mit dem FFG-Schwerpunktteam Energie & Umwelt wurden kofinanzierte Ausschreibungen im Bereich „Driving Urban Transition“ und „Urban Accessibility and Connectivity“ durchgeführt.

2.10.13 IPCEI: Beteiligung an strategischen Schwerpunkten der EU

Mit IPCEI („Important Projects of Common European Interest“) hat die Europäische Union ein spezielles Regulativ zur Stärkung strategisch bedeutender europäischer Wertschöpfungsketten entwickelt. Hierdurch soll die Förderung transnationaler Kooperationen und die Stärkung der Wertschöpfungsketten von der angewandten Forschung, Entwicklung und Innovation bis zur industriellen Umsetzung sowie zu entscheidenden Infrastrukturvorhaben im Umwelt-, Energie und Verkehrsbereich durch staatliche Beihilfen ermöglicht werden. Österreichische Unternehmen beteiligen sich an den IPCEI-Feldern Mikroelektronik und Batterien. Der österreichischen IPCEI-Aktivitäten werden von der FFG begleitet.

2.10.14 Luftfahrt

Am 19. Oktober 2022 wurde im Aviaton Forum Austria das 20-jährige Bestehen des „Take Off“-Programmes gefeiert. Gleichzeitig wurde die Ausschreibung 2022 mit einem Schwerpunkt auf Sustainable Aviation Fuels gestartet, die bis 8.3.2023 geöffnet ist. Außerdem begleitete die FFG 2022 die Erstellung der „FTI-Luftfahrtstrategie 2040+“, deren Schwerpunkt auf klimafreundlicher, wettbewerbsfähiger und sicherer Luftfahrt liegt.

2.10.15 Weltraum

Die FFG ist mit ihrer Agentur für Luft- und Raumfahrt (ALR) für Österreichs Wirtschaft und Wissenschaft die Andockstation zur internationalen Raumfahrtszene. Sie setzt die heimische Luft- und Raumfahrtpolitik um und vertritt Österreich in internationalen Gremien der Luft- und Raumfahrt. Die Aktivitäten 2022 waren geprägt von den Vorbereitungen zur ESA-Ministerkonferenz, die am 22. und

23. November 2022 in Paris stattfand. Im Zuge dieser Konferenz wurde bekannt gegeben, dass Österreichs Anteil am ESA-Budget für die Jahre 2023–2025 um 17 % auf insgesamt EUR 231 Mio. steigen wird. Der inhaltliche Schwerpunkt Österreichs soll vor allem den Bereichen Erdbeobachtung sowie Sicherheit und Kommunikation liegen. Im Juli 2022 wurde in Wien das 35-jährige Jubiläum des Beitritts Österreichs zur ESA unter Beisein von ESA-Generaldirektor Josef Aschbacher gefeiert.

Seit 20 Jahren unterstützt das „Austrian Space Applications Programme“ (ASAP) die österreichische Weltraumforschung. Seitdem wurden rund 800 weltraumrelevante Forschungsprojekte unterstützt. Im Herbst 2022 erfolgte die 19. ASAP-Ausschreibung: Mehr als die Hälfte der insgesamt budgetierten EUR 8,4 Mio. sind für Weltraumprojekte vorgesehen, die Energiewende, Mobilitätswende und Kreislaufwirtschaft unterstützen. Auch das aus der 18. ASAP-Ausschreibung 2021 hervorgegangene Leitprojekt zum Klimamonitoring mittels Copernicus-Daten, GHG Kit, nahm 2022 seinen Betrieb auf. Erfreulich verlief auch die ESA-Astronautenauswahl: Im November 2022 wurde die österreichische Medizinerin Carmen Possnig als Ersatzastronautin in die neue Astronautenklasse der ESA nominiert.

3 FÖRDERSTATISTIK 2022

Die folgende Förderstatistik zeigt das Förderangebot der FFG zum einen nach den FFG-Bereichen und den zugeordneten Förderangeboten als solches, und zum anderen nach den zentralen Kennzahlengruppen, wie „Eckdaten“, „Gesamtkosten“ und „Förderungen“. Unter „Förderungen“ werden alle monetären Zuwendungen dargestellt – also einerseits „Förderungen inklusive Haftungen“ und andererseits der „Barwert“. Wobei die Kenngröße „Barwert“ die reine monetäre Förderung ausweist, die um rückzuzahlende Komponenten (wie z. B. Darlehensanteile) und um Haftungsanteile bereinigt ist. Die Spalte „Kosten“ zeigt die gesamten Projektkosten, die im jeweiligen Förderangebot von Fördernehmern beantragt worden sind. Unter der Spalte „Eckdaten“ werden die Anzahl der Projekte, Beteiligungen und Akteure im Berichtsjahr ausgewiesen.

FFG-Förderstatistik 2022						
Themen bzw. Programme	Eckdaten			Kosten in 1.000 Euro	Förderungen in 1.000 Euro	
	Projekte	Beteiligungen	Akteure*	Gesamtkosten	Gesamtförderung	Barwert
Themen der Finanzierungsvereinbarungen						
IPCEI	1	1	1	5 960	1 448	1 448
Produktionstechnologien	28	121	102	27 255	19 865	19 865
Digitale Technologien	60	219	180	41 063	27 933	27 933
Humanpotenzial	2 673	2 981	1 712	21 995	13 831	13 831
Life Sciences	12	15	14	33 114	9 864	9 864
Mobilitätssystem	72	278	205	52 184	37 163	37 163
Weltraum	33	94	66	13 143	10 474	10 474

Energie- u. Umwelttechnologien	157	673	419	126 927	81 718	81 718
Kooperationsstrukturen	206	858	705	191 610	69 283	69 283
Innovation, Wettbewerbsfähigkeit u. Internationalisierung	1 989	2 129	1 789	639 876	319 522	185 947
Gesamt: Themen der Finanzierungsvereinbarungen	5 231	7 369	4 450	1 153 126	591 101	457 527
Programme aus anderen Vertragsgrundlagen						
Breitband Austria 2030	50	52	52	135 369	83 555	83 555
FORTE	13	55	31	6 890	4 980	4 980
Breitband	203	212	147	52 801	28 032	28 032
Dissertationen FH OÖ	8	8	1	947	945	945
Smart Cities	15	71	64	9 425	5 314	5 314
Fast Track Digital	1	3	3	568	279	279
Leuchttürme eMobilität	14	58	51	8 471	5 235	5 235
Forum Junge Talente	4	4	4	2 528	1 257	1 257
BIG DATA in der Produktion	1	13	13	3 612	2 735	2 735
Quantum Austria	17	48	32	54 268	50 788	50 788
KIRAS	22	134	92	12 109	8 821	8 821
FORPA	3	3	3	604	300	300
Bundesländerkooperationen TP	8	40	33	7 749	4 212	4 212
THINK.WOOD	22	88	68	22 459	15 565	15 565
Quantenforschung (QFTE)	4	6	5	2 031	1 660	1 660
EBIN (Emissionsfreie Busse)	8	18	17	162 541	107 260	107 260
GIN	4	4	4	3	2	2
Gesamt: andere Vertragsgrundlagen	397	817	559	482 374	320 939	320 939
FFG - operative Mittel für Förderungen und Aufwendungen	5 628	8 186	4 838	1 635 500	912 040	778 466
FFG - operative Mittel für Beauftragungen	267	267	175	6 322	6 322	6 322
FFG - operative Mittel gesamt	5 895	8 453	4 978	1 641 822	918 362	784 788
	Projekte	Beteiligungen	Akteure*	Gesamtkosten	Gesamtförderung	Barwert

Abbildung 2: FFG-Förderstatistik 2022

* Hinweis: Die Anzahl der Akteure wird ohne Doppelzählungen ermittelt, entsprechend ergeben sich die Gesamtwerte nicht aus den Summen der Detailzeilen.

4 QUALITÄTSSICHERUNG IN DER FFG

4.1 Interne Audits

Der durch den Prüfungsausschuss genehmigte Prüfungsplan wurde 2022 ohne Verzögerungen abgearbeitet.

4.2 Projektcontrolling und Audit

Mit 1.9.2022 trat der Kostenleitfaden 2.2 in Kraft, darin wurde u. a. der Stundensatz für Personen ohne Gehaltsnachweis von EUR 40,- auf EUR 45,- pro Stunde erhöht (bei maximal EUR 77.400,- pro Jahr), und der Leitfaden beinhaltet einige Klarstellungen bzw. eine Regelung zur Angemessenheit der Kosten.

4.3 Personal und Organisation

2022 wurde das Mitarbeiter:innen-Befragungstool „Robin Mood“ eingeführt. Dieses dient als monatliches Stimmungsbarometer und hilft dabei, die FFG weiter zu verbessern. Zusätzlich wurde ein Pilotprojekt zum Desksharing im Bereich „Thematische Programme“ eingeführt, welches als Pilot für das „Haus der Forschung 2023“-Projekt dient. Das Projekt „Haus der Forschung 2023“ wurde in Kraft gesetzt, und es konnten bereits die Vorbereitungen der Konsolidierung auf einen Standort veranlasst werden. Als weiterer Erfolg können die erhöhten Aktivitäten im Recruiting und Employer Branding verbucht werden. Diese wurden als Reaktion auf die Situation am Arbeitsmarkt implementiert.

4.3.1 Beirat Basisprogramme: Nominierungen in das Gremium für Förderentscheidungen

Anfang 2022 ist die alte Funktionsperiode des Beirats ausgelaufen. Aufgrund des Forschungsfinanzierungsgesetzes, das das FFG-G in § 10 FFGG geändert hat, ist der Beirat ein Bewertungsgremium gem. § 10 Abs. 3 Z. 2 FFG-G, und dadurch erfolgt die Ausgestaltung des Beirates durch die jeweiligen Förderungsrichtlinien. Der Beirat wurde auf dieser Grundlage neu bestellt, Herr KR DI Johann Marihart hat den Vorsitz des Beirats Basisprogramme bis zum 31.12.2024 übernommen.

4.4 Digitale Transformation

Die Digital Roadmap der FFG wurde entlang der FFG-Strategie aktualisiert und wird Schritt für Schritt umgesetzt. Zu den Zielen zählen moderner Service für die FFG-Kund:innen, möglichst durchgängig digitalisierte Prozesse bei reduziertem Aufwand, Transparenz sowie höhere Abwicklungsgeschwindigkeit und Standardisierung. Fördernehmer kommen seit 1.3.2022 auch bei den Kleinstförderungen Projekt.Start und Patent.Scheck in den Vorteil einer rein digitalen Abwicklung – von der Projekteinreichung bis zur Förderungszusage und Vertragserstellung. Ausgenommen ist nur der Innovationsscheck, hier ist die Umsetzung in der letzten Testphase. Seit 3. Oktober 2022 ist die Online-Antragstellung für die Ausschreibungen Basisprogramm, Kleinprojekt, Collective Research und Green Frontrunner im eCall umgesetzt (Projektbeschreibung und Kostenerfassung). Zudem wird seit

der 36. BRIDGE-Ausschreibung unter Einbindung interner und externer Gutachter:innen ein Online-Call durchgeführt.

4.4.1 eWork: Digitalisierung der internen Abläufe

Ein wesentlicher Fokus von eWork war die technische Umsetzung des Forschungsfinanzierungsgesetzes, die 2022 durch den Start der Entwicklung der Förderdatenbank fortgesetzt wurde. Mit der Implementierung der F&E-Dienstleistungen in eWork sowie der Umsetzung des Kleinstförderungsprozesses im Jahr 2022 werden nun keine Papierakten mehr angelegt. Damit ist für alle neuen Projekte das Dokumentenmanagementsystem das führende System. Das Analyseprojekt zum Prozess „Projekte auswählen“ wurde abgeschlossen, die Implementierung ist im Q4 2022 gestartet. Mit Ende des Jahres 2022 wurde auch der Personalprozess in eWork umgesetzt. Weiters wurden 2022 viele langwierige Datenbank- und Auswertungsarbeiten gestartet, die eine Ablöse des dialogbasierten internen Fördersystems FFF2004 bis Mitte 2024 möglich machen.

4.4.2 eCall: Weiterentwicklung des digitalen Antrags- und Projektverwaltungssystems

2022 wurde die Ausrollung von Ausschreibungen weitergeführt und ausgebaut, bei denen die Projektbeschreibungen in Online-Formularen abgebildet werden. Rund 75 % aller Instrumente verwenden Onlinetexte. Auch das Berichtswesen wurde auf ein Onlinesystem umgestellt. Die Neuentwicklung war auf die Umsetzung der RRF-geförderten Ausschreibungen fokussiert. Die Ausschreibungen für emissionsfreie Busse und Infrastruktur (EBIN) und Breitband 2030 wurden implementiert, letztere war aufgrund des komplexen Formates und der Schnittstellenanbindung zu WebGIS-Anwendungen besonders herausfordernd. Ebenso wurden für Einsteigerformate, also Kleinstförderungen, zahlreiche Detailverbesserungen umgesetzt.

Mit Stichtag 3.10.2022 wurde die Drei-Monats-Frist für Fortsetzungsanträge im eCall implementiert. Nach Ablauf von drei Monaten nach Projektende werden Fortsetzungsanträge im eCall automatisch abgeriegelt. Eine Nachfrist wird nicht mehr angeboten. An den Berichtspflichten und -fristen ändert sich nichts. Die FFG beseitigt damit wiederkehrende Bemängelungen des Richtlinienmonitorings, z. B. durch die EU oder den Rechnungshof.

4.4.3 Webzugänglichkeitgesetz und digitale Barrierefreiheit

Die FFG agiert als Monitoring- und Servicestelle des Bundes zur digitalen Barrierefreiheit gemäß Web-Zugänglichkeits-Gesetz (WZG). Im Jahr 2022 konnte die FFG alle Monitoring-Tätigkeiten planmäßig durchführen und somit den zweiten Monitoring-Zeitraum abschließen. Monitoring-Checks wurden nach den Vorgaben der entsprechenden europäischen Richtlinie sowohl für den Bund als auch für sieben Bundesländer abgeschlossen. Monitoring-Ergebnisse des Bundes und der neun Bundesländer wurden ausgewertet – in Vorbereitung auf den nächsten Monitoringbericht im Jahr 2024. Durch die Entwicklung einer Datenmanagement-Applikation konnten Arbeitsabläufe effizienter und transparenter gestaltet werden.

Weiterhin besteht ein intensiver und partnerschaftlicher Austausch zwischen der FFG und den zuständigen Stellen in den Bundesländern, sodass Folgeverträge für die Abwicklung des Monitorings für den Zeitraum 2022–2024 abgeschlossen werden konnten. Zudem unterstützt die FFG User:innen, die auf Website-Barrieren stoßen, und die betroffenen öffentlichen Einrichtungen bei der Behebung

dieser Barrieren. Schulungs- und Sensibilisierungsveranstaltungen werden laufend koordiniert und beworben. FFG-intern wurde 2022 weiterhin intensiv daran gearbeitet, die FFG digital barrierefreier zu machen, indem eigene Websites und Applikationen und digitale Dokumente laufend optimiert werden.

4.5 Prozessmanagement

Mit der Gründung von Operations Management (OM) im Jahr 2020 ging die Verantwortung für die Abwicklung der Kernprozesse auf diesen Bereich über. OM betrachtet Verbesserungspotential und Risikoüberlegungen im Gesamtkontext und führt so Effizienzsteigerungen gezielt durch. Ein wesentliches Element war auch 2022 die Befragung von Kund:innen in Form vor dem Hintergrund der Usability der Applikationen. Zudem wurden Abläufe hin zu mehr Agilität weiterentwickelt, um Änderungen in Schritten vorantreiben zu können.

4.6 Umsetzungsprojekt FORTUNA

Das 2020 gestartete Projekt FORTUNA soll sicherstellen, dass die Vorgaben des neuen Forschungsfinanzierungsgesetzes und der Finanzierungsvereinbarungen mit den Auftraggebern BMK und BMAW in den Applikationen der FFG ihren Niederschlag finden. Die Phase 2 der Periode 2022–23 beinhaltet deutlich mehr Änderungen und ist an die Erneuerung von Richtlinien gekoppelt. Neben dem FORTUNA-Designprojekt wurde Anfang 2022 auch die technische Umsetzung u. a. einer neuen Förderungsstruktur fertiggestellt, die Ablöse von diversen administrativen Funktionalitäten im FFF2004 und Übertrag in eWork sowie der Aufbau einer neuen Master-Datenbank.

4.7 FFG-Kommunikation in Zahlen

Insgesamt ist die Zahl der Pressemeldungen (Clippings) zu (angewandten) F&E-Themen im Jahr 2022 im Vergleich zu 2021 wieder gestiegen. Während die Zahl der Pressegespräche (noch) auf einem Pandemie-bedingt niedrigen Level blieb, ist die Zahl der Presseausendung angestiegen. Auf den sozialen Medien wurden weniger Beiträge veröffentlicht, die Zahl der Abonnenten ist (insbesondere auf LinkedIn) aber deutlich gestiegen, so dass die Gesamtsumme der Impressions insgesamt ebenfalls gestiegen ist.

FFG-Kommunikation in Zahlen	2022	2021	2020	2019	2018
Presseausendungen	48	36	39	39	46
Pressegespräche	15	19	37	25	26
Newsmeldungen	106	101	111	102	192
Veranstaltungen	166	134	131	169	164
Medienkooperationen*	11	11	16	11	5
Presseanfragen	20	15	36	39	38

Anzahl FFG-Clippings Pressespiegel	669	378	911	751	967
Anteil FFG-Nennung an FuE-Gesamt-Clippings in %	20%	22 %	23 %	19 %	19 %
Facebook Abonnent:innen	4.536	4.420	4.128	3.420	2.402
Anzahl der Social-Media-Posts	387	564	740	545	389
LinkedIn Follower	20.435	14.973	10.633	4.426	x
Abonnenten eNewsletter	6.098	5.919	5.690	5.263	5.299
Web: Aufenthaltsdauer pro Besuch	172 sec	183 sec	176 sec	149 sec	164 sec
Web: Seitenansichten gesamt	2.405.120	2.561.509	2.598.875	2.317.529	3.375.769

Abbildung 3: Monitoring FFG-Kommunikation; Quelle: FFG-Statistik; *Medienkooperationen aus Budget FFG-Kommunikation

5 PERSONALENTWICKLUNG IN DER FFG

Mit Stichtag 31.12.2022 waren 409 Mitarbeiter:innen (Personen) in der FFG beschäftigt. 58 % der FFG-Belegschaft sind weiblich. Frauen stellen nicht nur im Assistenz-, sondern auch im Expertenbereich die Mehrheit. Im Jahr 2022 waren durchschnittlich 393 Personen in der FFG beschäftigt. Die Personalstatistik verzeichnet 64 Eintritte und 8 Wiedereintritte nach Karenz, denen 33 Austritte und 15 beginnende Karenzen gegenüberstehen.

FFG-Personalstatistik 2022	Personen gesamt	W*		M + D**	
Assistenz	66	51	77%	15	23%
Expert:innen	325	180	55%	145	45%
GF und Management	18	8	44%	10	56%
Summe	409	239	58%	170	42%

Abbildung 4: Personalstatistik mit Stichtag 31.12.2022 nach „Köpfen“

*Weibliche Personen

**männliche + diverse Personen

6 RISIKOEINSCHÄTZUNG UND VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG

6.1 Risikoeinschätzung

Der Unternehmensgegenstand der FFG umfasst im Wesentlichen Aktivitäten im Zuge derer Geschäftsrisiken im üblichen Sinn nicht gegeben sind. Das betrifft insbesondere die Marktrisiken bezüglich Preisänderungen, Marktumschwung oder Absatzrückgang. Für die Risiken aus dem Fördergeschäft werden laufend die entsprechenden Vorsorgen getroffen. Dieses Risiko liegt in der Natur des Geschäfts und wird bewusst eingegangen. Die Risiken der FFG, die im Rahmen des Prozesses „Risiken managen“ betrachtet werden, gruppieren sich vor allem um die Themen internes Kontrollsystem, Daten managen, Datensicherheit gewährleisten etc. Der Prozess „Risiken managen“ fordert und verankert die regelmäßige und systematische Erhebung und Neubeurteilung der Risiken in der FFG.

2022 wurden sechs wesentliche Risiken festgestellt:

- Komplexität des Geschäftsmodells & Angebotsportfolios,
- Cybercrime-Attacken,
- Digitalisierung 1: Effizienzverluste durch unzureichende Vorbereitung auf die Digitalisierung und
- Digitalisierung 2: IT Anforderungen,
- Trends in der Förderabwicklung sowie
- Arbeitskräftemangel.

Alle anderen Risiken werden weiterhin gemonitort und bearbeitet, die Maßnahmen greifen. Des Weiteren wurde der Prozess 2022 auditiert.

Die Risikoeinschätzung für 2022 ergibt folgendes Bild:

- Es sind keine unternehmensgefährdenden Risiken vorhanden.
- Die durchgeführten Maßnahmen greifen und werden weiterentwickelt.

6.2 Wesentliche Vorgänge nach Abschlussstichtag

Es gab nach dem Abschlussstichtag keine wesentlichen Vorgänge, die einen Einfluss auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage hatten.

6.3 Voraussichtliche Entwicklung

Die FFG wird auch im Jahr 2023 ihren Zielgruppen eine breite Palette an monetären und nicht monetären Unterstützungsmaßnahmen anbieten können – von grundlagennahen Forschungsprojekten über anwendungsnahe Entwicklungen bis hin zu Markteinführungs- und Durchdringungsaktivitäten, Beratungs-, Vernetzungs- und Servicedienstleistungen.

Für ihre Aktivitäten wird der FFG auch 2023 ein gegenüber früheren Jahren deutlich erhöhtes operatives Budget zur Verfügung stehen. Die Finanzierungsvereinbarungen bedeuten Planungssicherheit sowohl für die FFG als auch für die Forschungscommunity und ermöglicht ein besseres Adressieren forschungspolitischer Ziele.

Die FFG wird auch 2023 und darüber hinaus als aktiver Partner der Ressorts aktiv an der Gestaltung und Weiterentwicklung der Förder- und Serviceportfolios mitwirken.

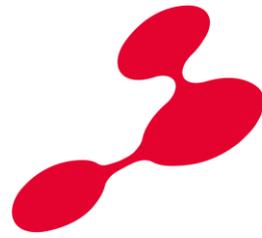
Wien, 22. Februar 2023



Dr. Henrietta Egerth-Stadlhuber
(Geschäftsführerin)



Dr. Klaus Pseiner
(Geschäftsführer)



FFG
Forschung wirkt.

WIEN, 22. FEBRUAR 2023



ANGABEN ÜBER DIE RECHTLICHEN VERHÄLTNISSE

INHALTSVERZEICHNIS

1.1	Rahmenverträge und Förderungsmittelverträge	6
1.1.1	Rahmenvertrag 2007	6
1.2	Ausführungsverträge.....	6
1.2.1	Ausführungsverträge zum Thema „Waldfonds“	6
1.3	Assoziierungsverträge	7
1.4	KLIEN-Rahmenvertrag	7
1.5	NATS-Verträge	7
1.6	Aufbau und Resilienz Plan (ARP).....	7
1.7	Kooperationen mit Bundesländer	8
1.7.1	Oberösterreich	8
1.7.2	Salzburg	8
1.7.3	Tirol.....	8
1.7.4	Niederösterreich	8
1.7.5	Steiermark	8
1.8	Beauftragungsvertrag Horizon 2020.....	9
1.9	EU-Performance-Monitoring	9
2	Sonstige wichtig Verträge.....	9
2.1	Medienkooperationen.....	9
3	Risikomanagement	9
4	Angaben über die steuerlichen Verhältnisse	10

Die Gesellschaft wurde in der Rechtsform einer Gesellschaft mbH mit Erklärung über die Errichtung der Gesellschaft vom 30. August 2004 errichtet. Die Gesellschaftsgründung beruht auf den Bestimmungen des Bundesgesetzes zur Errichtung der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in der Fassung vom 14. Juli 2004 (BGBl I Nr. 73/2004).

Das Stammkapital betrug im Zeitpunkt der Gründung EUR 35.000,00 und wurde zur Gänze bar einbezahlt. Gemäß § 2 Abs. 1 und 2 FFG-G wurden rückwirkend mit Ablauf des 31. Dezember 2003 alle Vermögensgegenstände und Schulden des Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft sowie des BIT Büro für internationale Forschungs- und Technologiekooperation im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die FFG übertragen und das Gesamtvermögen der Technologieimpulse Gesellschaft zur Planung und Entwicklung von Technologiezentren GmbH auf die Gesellschaft verschmolzen. Die Agentur für Luft- und Raumfahrt wurde zunächst in das 100 %ige Eigentum der FFG übertragen und mit Vertrag vom 31. März 2005 auf die FFG verschmolzen.

Die Gesellschaft ist im Firmenbuch des Handelsgerichtes Wien unter der Nummer 252263 a eingetragen.

Im Jahre 2009 wurde im Zuge des Budgetbegleitgesetzes 2009 das Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH-Errichtungsgesetz (BGBl I Nr. 52/2009 vom 17. Juni 2009) geändert. Eine weitere Änderung erfolgte 2014 (BGBl. I Nr. 46/2014; Sonderpensionenbegrenzungsgesetz – SpBegrG).

Im Jahre 2019 wurde im Nationalrat das Bundesgesetz über den barrierefreien Zugang zu Websites und mobilen Anwendungen des Bundes (Web-Zugänglichkeits-Gesetz – WZG) BGBl. I Nr. 59/2019 verabschiedet. In §5 Abs. 2 WZG ist die FFG als verantwortliche Abwicklungsstelle genannt. Die Verrechnung der Kosten soll über eine Verrechnung bei den Obersten Organen erfolgen.

Im Jahre 2020 wurde das Forschungsförderungsgesellschaftsgesetz (FFGG) im Zuge der Forschungsfinanzierungsnovelle 2020 geändert. Diese Änderung umfasst insbesondere die Beauftragungssystematik der Eigentümerministerien mit der FFG ab 2021 und kleinere Anpassungen des Gesetzes (zum Beispiel die Regelung bei den Beiräten).

Die Aufgaben der FFG gem. §3 Abs2 FFGG sind:

- 1 Förderung von FTEI+D-Vorhaben natürlicher und juristischer Personen;
- 2 Durchführung strategischer Fördermaßnahmen und -programme für FTEI+D;
- 3 Förderung der Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft;
- 4 Unterstützung der österreichischen Wirtschaft und Wissenschaft in allen Belangen der Teilnahme an europäischen und internationalen Forschungs- und Technologiekooperationen sowie der Digitalisierung;
- 5 Vertretung der österreichischen Interessen gegenüber den relevanten europäischen und internationalen Institutionen im Auftrag des Bundes;
- 6 Unterstützung des Bundes bei der Konzeption und Weiterentwicklung von FTEI+D-Förderungsmaßnahmen und -programmen;

- 7 Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Bedeutung von FTEI+D;
- 8 Unterstützung des Bundes bei Beratungsleistungen, Mittlungsleistungen sowie durch Entwicklung, Umsetzung und Monitoring von strategischen und operativen Maßnahmen. Die Gesellschaft ist weiters zur Gründung von Zweigniederlassungen und zum Erwerb von Beteiligungen an anderen Unternehmen und Gesellschaften sowie zur Durchführung aller Maßnahmen und Tätigkeiten berechtigt, die dem Unternehmensgegenstand dienlich sind, mit Ausnahme der Bank- und Börsegeschäfte.

Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Im Sinne des § 6 Absatz 1 der Erklärung über die Errichtung der Gesellschaft iVm § 7 Absatz 1 FFG-G sind das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) sowie das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) zur Bestellung je eines Mitglieds der Geschäftsführung berechtigt. Der Aufsichtsrat muss der Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer zustimmen.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht gemäß § 6 FFG-G aus zehn Mitgliedern. Seine Zusammensetzung ist wie folgt festgelegt:

- Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (Vorsitzender und zwei Mitglieder)
- Bundesministerin für Arbeit und Wirtschaft (stellvertretender Vorsitzender und zwei Mitglieder)
- Wirtschaftskammer Österreich (ein Mitglied)
- Vereinigung der Österreichischen Industrie (ein Mitglied)
- Bundesarbeiterkammer (ein Mitglied)
- Österreichischer Gewerkschaftsbund (ein Mitglied)
- vom Betriebsrat entsandte Mitglieder

Die Organe der Gesellschaft sind im Anhang (Beilage I) angegeben.

Das Stammkapital betrug bei der Firmengründung EUR 35.000,00 und wurde durch eine Kapitalerhöhung auf EUR 14.570.000,00 erhöht. Es blieb im Geschäftsjahr 2022 unverändert.

Das Stammkapital wird zur Gänze von der Republik Österreich gehalten. Zur Ausübung der Gesellschafterrechte sind die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie sowie die Bundesministerin für Arbeit und Wirtschaft gemeinsam berechtigt.

Der Aufsichtsrat, der im Jahr 2022 vier Sitzungen abhielt, hat über die gesetzlichen Kontrollaufgaben und die Genehmigung der zustimmungspflichtigen Geschäfte hinaus noch folgende zusätzliche Befugnisse:

- a) die Festlegung allgemeiner Grundsätze der Geschäftspolitik, insbesondere Beschlussfassung über die Mehrjahres- und die jährlichen Arbeitsprogramme nach § 8 FFG-G.
- b) die Zustimmung zur Einrichtung der Bereiche und der Beiräte;
- c) die Zustimmung zur Bestellung der Geschäftsführer;
- d) die Überwachung der Tätigkeit der Ausschüsse;
- e) die Genehmigung des Voranschlages (Budget);
- f) die Zustimmung zur Erteilung der Prokura und Handlungsvollmacht;
- g) die Zustimmung zur Vornahme von Investitionen und sonstigen Anschaffungen, soweit diese nicht budgetiert sind und den Betrag von EUR 35.000,00 (in Worten: Euro fünfunddreißigtausend) (Wert per 31.12.2022: EUR 54.290,00) im Einzelfall oder zusammen im Jahr von EUR 200.000,00 (in Worten: Euro zweihunderttausend) (Wert per 31.12.2022: EUR 310.230,00) übersteigen;
- h) die Zustimmung zum Erwerb und zur Veräußerung von Beteiligungen;
- i) die Zustimmung zum Erwerb, zur Veräußerung und zur Belastung von Liegenschaften oder liegenschaftsbezogener Rechte;
- j) die Zustimmung zur Aufnahme von Anleihen, Darlehen und Krediten, die den Betrag von EUR 350.000,00 (in Worten: Euro dreihundertfünfzigtausend) (Wert per 31.12.2022: EUR 542.903,00) im Einzelfall oder von EUR 700.000,00 (in Worten: Euro siebenhunderttausend) (Wert per 31.12.2022: EUR 1.085.806,00) insgesamt in einem Geschäftsjahr übersteigen, soweit sie nicht zum ordentlichen Geschäftsbetrieb gehören;
- k) die Zustimmung zur Gewährung von Darlehen und Krediten, soweit sie nicht zum gewöhnlichen Geschäftsbetrieb gehören;
- l) die Zustimmung zum Abschluss aller Geschäfte, die nicht zum gewöhnlichen Geschäftsbetrieb gehören, wozu jedenfalls Dauerschuldverhältnisse zu zählen sind, die eine längere Laufzeit als auf drei Jahre oder eine Jahresbelastung von mehr als EUR 100.000,00 (in Worten: Euro einhunderttausend) (Wert per 31.12.2022: EUR 155.115,00) aufweisen;
die Zustimmung zum Abschluss, der Änderung und der Beendigung von Dienstverträgen mit einem Jahresbruttoentgelt von mehr als EUR 100.000,00 (in Worten: Euro einhunderttausend) (Wert per 31.12.2022: EUR 155.115,00) und von Werkverträgen (Beratungsverträge) in der Höhe von mehr als EUR 200.000,00 (in Worten: Euro zweihunderttausend) (Wert per 31.12.2022: EUR 310.230,00);
- m) die Zustimmung zur Bestellung und Abberufung der Leitung der Internen Audits;
- n) die Zustimmung zu Verträgen mit dem Jahresabschlussprüfer, die nicht unmittelbar im Zusammenhang mit der Jahresabschlussprüfung stehen;
- o) die Genehmigung des Corporate Governance Berichtes.

Aufgrund der anhaltenden schwierigen Pandemiesituation wurden alle Aufsichtsratssitzungen virtuell oder hybrid (Anwesenheit oder elektronische Teilnahme) abgehalten.

Übersicht über die wesentlichen langfristigen Verträge

1.1 Rahmenverträge und Förderungsmittelverträge

1.1.1 Rahmenvertrag 2007

Der Rahmenvertrag wurde 2007 auf unbestimmte Zeit zwischen den Eigentümerministerien und der FFG abgeschlossen und berechtigt die FFG zur Durchführung und Abwicklung von Maßnahmen und Tätigkeiten, die der FTE-Förderung gem. den gesetzlichen Aufgaben der FFG dienen. Darin wird die Betrauung der FFG mit den gesetz- und statutengemäßen Aufgaben durch die Eigentümerministerien geregelt. Dies erfolgt einerseits über Ausführungsverträge und andererseits über die Adaption der Leistungsbeschreibung der FFG. Im Jahre 2018 konnte eine weitere Adaption des Rahmenvertrages mit den Eigentümerministerien abgeschlossen werden. 2021 wurden im Zuge der Verhandlungen zur Finanzierungsvereinbarung 2022/2023 geringfügige Adaptionen des Rahmenvertrages vereinbart.

Die FFG wickelt Aufgaben sowohl im Namen und auf Rechnung des Bundes wie auch im eigenen Namen ab.

1.2 Ausführungsverträge

In den Ausführungsverträgen gemäß dem Rahmenvertrag werden die Übertragung der Programme und der operativen Mittel geregelt. Als Übergang zu den Finanzierungsvereinbarungen gem. FoFinaG wurde 2021 mit den Eigentümerministerien jeweils eine Gesamtbeauftragung abgeschlossen.

1.2.1 Ausführungsverträge zum Thema „Waldfonds“

Im Bereich des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT) wurde 2020 gemeinsam mit dem BMLRT eine Sonderrichtlinie zur Umsetzung und Durchführung der Förderung gemäß dem Waldfondsgesetz erarbeitet. Diese Sonderrichtlinie gilt für die Durchführung von ausschließlich national finanzierten Förderungsmaßnahmen gemäß § 3 des Waldfondsgesetzes, in der die FFG auch die Förderung dementsprechender FTI-Projekte abwickeln soll.

1.3 Assoziierungsverträge

Die FFG wurde aufgrund einer Gesetzesänderung im Einkommenssteuergesetz (§108c EStG1988) mit der Beurteilung, ob ein Forschungsprojekt/-schwerpunkt die Voraussetzungen für die Forschungsprämie erfüllt, mittels eines Assoziierungsvertrages zum Rahmenvertrag beauftragt. Für diese gesetzliche Aufgabe der FFG wurde das BMF mit dem Rahmenvertrag assoziiert und ersetzt die entstehenden Kosten dieser Aufgabenerfüllung.

Ende 2018, Anfang 2019 wurden weitere Assoziierungsverträge abgeschlossen.

1.4 KLI.EN-Rahmenvertrag

Die FFG wurde mittels Rahmenvertrag, der dem Rahmenvertrag mit den Eigentümerressorts nachgebildet wurde, mit der Abwicklung des vom KLI.EN festgelegten Jahresteilprogramms gem. dem KLI.EN-Gesetz betraut. Die FFG ist verpflichtet, die übertragenen Aufgaben im Namen und auf Rechnung des KLI.EN zu besorgen und insbesondere in den Förderverträgen darauf hinzuweisen. Der Rahmenvertrag mit dem KLI.EN wurde 2019 in Einzelheiten neu verhandelt und im Jänner 2020 unterschrieben. 2022 wurden aus diesem Rahmenvertrag mehr als EUR 55 Mio. übertragen

1.5 NATS-Verträge

Die Nationalstiftung gewährt Zuwendungen in einem bestimmten Ausmaß für Programmlinien. Die FFG ist gesetzlich berechtigt die zugesagten Mittel im eigenen Namen und Verantwortung für den entsprechenden Zweck zu vergeben. Der FFG wurden von der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung gemäß § 3 FTE-Nationalstiftungsgesetz Mittel in Höhe von EUR 42 Mio. für verschiedene Programme und Programmlinien (AI Forschung, Digital Europe, F&E Infrastrukturen, Industrienahe Dissertationen, Semiconductor Lab2Fab) zuerkannt.

1.6 Aufbau und Resilienz Plan (ARP)

Die Europäische Union hat sich darauf geeinigt zur Bewältigung der Auswirkungen der COVID-Krise ein EUR 750 Mrd. Förderungsprogramm anzubieten. Von den ca. EUR 3,5 Mrd., die Österreich in diesem Programm zugestanden wurden, sollen fast EUR 1,5 Mrd. von der FFG vergeben werden. Dabei handelt es sich um 2 IPCEI's, Breitbandförderungen, Förderung von emissionsfreien Bussen und Lieferfahrzeugen, dem Digitalbonus und einem Quantenforschungsprogramm. 2021 wurden die ersten Abstimmungen zu den Sondervorgaben der EU und dem Programmdesign gemacht, bevor die Programme teilweise 2022 gestartet wurden. Alle Auszahlungen müssen bis Ende 2026 erfolgen.

1.7 Kooperationen mit Bundesländer

Um Forschung und Innovation auch in den Bundesländern zu stärken und die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft gem. den gesetzlichen und statuarischen Bestimmungen zu fördern, wurden verschiedenste Kooperationen zwischen den Bundesländern abgeschlossen. Es handelt sich großteils um Zusatzdarlehen mit finanzieller Unterstützung der Länder sowie auch um die Abwicklung von Ausschreibungen für die Bundesländer. Die FFG kommt so dem 2004 übertragenen Ziel, der One-Stop Shop für F&E-Förderungen in Österreich zu werden, näher.

1.7.1 Oberösterreich

Die seit 2005 existierenden Kooperationen mit dem Land Oberösterreich wurden in den letzten Jahren weiter ausgebaut und 2020 fortgesetzt. 2020 wurde die FFG mit der Abwicklung eines weiteren Dissertationsprogramms und der Kreislaufwirtschaft vom Land Oberösterreich beauftragt. Die Verlängerung für die Kooperation im Bereich der Basisprogramme wurde 2020 ausverhandelt und für die Jahre 2021-2027 abgeschlossen. Die Kooperation wurde 2022 für die FH OÖ weiter ausgebaut.

1.7.2 Salzburg

Der Vertrag bezüglich der Abwicklung der Forschungsförderung durch die Vergabe von Zusatzdarlehen der FFG – Bereich Basisprogramme – mit dem Land Salzburg wurde fortgeführt und für die nächsten Jahre verlängert. Diese Darlehen werden zusätzlich zu den FFG-Darlehen im Namen des Bundeslandes Salzburg vergeben.

1.7.3 Tirol

Der Vertrag zwischen dem Land Tirol und der FFG ist darauf ausgerichtet Regelungen für die gemeinsame, verstärkte Förderung von F&E-Projekten Tiroler Unternehmen durch die FFG und das Land Tirol zu treffen. Dies betrifft die Gewährung von Zusatzdarlehen der FFG – Bereich Basisprogramme – an Tiroler Unternehmen mit finanzieller Unterstützung des Landes Tirol. Die FFG stockt ihre Darlehensförderung aus eigenen Mitteln entsprechend dem Vertrag auf. Die Vereinbarung wurde 2022 fortgeführt und für die nächsten Jahre verlängert.

1.7.4 Niederösterreich

Im Jahre 2015 konnte die Bundesländerkooperation auch auf Niederösterreich erfolgreich ausgeweitet werden. Es wurde ein Vertrag mit dem NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds (NÖWTF) als Vertreter des Bundeslandes zur Abwicklung von Zusatzdarlehen im Bereich Basisprogramme abgeschlossen, der nun auch die Förderung von Großunternehmen ermöglicht. 2022 wurde diese Vereinbarung fortgeführt und für die nächsten Jahre verlängert.

1.7.5 Steiermark

2017 konnte eine Ko-Finanzierungsvereinbarung nach dem Muster der Länder Tirol, Salzburg und Niederösterreich mit dem Land Steiermark geschlossen werden. Die Vereinbarung wurde 2022 fortgeführt und für die nächsten Jahre verlängert.

1.8 Beauftragungsvertrag Horizon 2020

2021 wurden die Verhandlungen für die Verlängerung des Beauftragungsvertrages abgeschlossen. Die FFG wird nun vom 1.1.2022 bis 31.12.2027 in Höhe von EUR 34,7 Mio. für die Unterstützung österreichischer FTI-Akteure im Europäischen Forschungs- und Innovationsraum beauftragt.

1.9 EU-Performance-Monitoring

2014 wurde ein Vertrag zur Vorbereitung der Integration des EU-FTI-Monitoring zwischen dem BMAW und der FFG abgeschlossen. Darauffolgend wurde mit 5 Bundesministerien federführend vertreten durch das BMAW ein Vertrag über die Durchführung des EU-FTI-Monitorings im Zusammenhang mit „Horizon 2020“ bis 2021 abgeschlossen. Gegenstand dieses Vertrages ist die Datenaufbereitung der EU- Daten für die Ressorts und die Öffentlichkeit. Mitte des Jahres 2021 wurde der EU-Performance Monitoring Vertrag bis Mitte 2028 abgeschlossen.

2 SONSTIGE WICHTIG VERTRÄGE

2.1 Medienkooperationen

Die laufenden Medienkooperationen mit „Der Standard“ und „Die Presse“ wurden auch 2022 fortgesetzt. Das FFG Forum konnte am 21.9.2022 nach einer Covid-19 bedingten Pause wieder stattfinden.

3 RISIKOMANAGEMENT

Für die Risiken aus dem Fördergeschäft werden laufend die entsprechenden Vorsorgen getroffen. Dieses Risiko liegt in der Natur des Geschäfts und wird bewusst eingegangen. Die Risiken der FFG welche im Rahmen des Prozesses Risiken managen betrachtet werden, gruppieren sich v.a. um die Themenbereiche: Internes Kontrollsystem, Daten managen, Datensicherheit gewährleisten, etc. Dieser Prozess wurde 2022 adaptiert.

4 ANGABEN ÜBER DIE STEUERLICHEN VERHÄLTNISSE

Die FFG ist eine gemeinnützige Körperschaft iSd §§ 34 ff BAO. Die Befreiungsbestimmung des § 5 Z 6 KStG findet daher Anwendung. Die FFG tritt weder in der Körperschaftsteuer noch in der Umsatzsteuer als Steuersubjekt auf. Bei gemeinnützigen Körperschaften – wie der FFG – kann in Anlehnung an die Rz 463 VereinsR davon ausgegangen werden, dass die im Rahmen von wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben ausgeübten Tätigkeiten unter die Regelung des § 2 Abs. 5 Z 2 UStG („Liebhabereivermutungs“) fallen. Mit Schreiben vom 3. Februar 2005 wurde der Gesellschaft vom Finanzamt Wien 1/23 diesbezüglich eine unverbindliche Auskunft erteilt, in der das Finanzamt dieser Rechtsansicht zugestimmt hat. Am 11. März 2010 wurde ein Ersuchen um Auskunftserteilung an das Finanzamt Wien 9/18/19 gestellt. Das Finanzamt hat der Rechtsansicht mit Schreiben vom 27. Mai 2010 ebenfalls zugestimmt. Im Mai 2015 wurde erneut ein detailliertes Ersuchen um Auskunftserteilung an das zuständige Finanzamt gestellt. Im Juni 2018 hat die FFG das Ersuchen um Auskunftserteilung erneuert und um neue Sachverhalte erweitert. Anfang 2020 kam es dann zu einer Antwort des zuständigen Finanzamtes auf das Auskunftersuchen von 2015/2018. Hierin stimmt das zuständige Finanzamt der Rechtsansicht der FFG zu.

Bisher fand keine Betriebsprüfung statt.

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Empfohlen vom Vorstand der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer zuletzt mit Beschluss vom 18.04.2018

Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über vom zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten in Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen, jeweils im Rahmen der §§ 2 oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017). Die Parteien des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer“, zum anderen „Auftraggeber“ genannt.

(2) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in zwei Teile: Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die Auftragserteilung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers (Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl Nr. 140 in der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

I. TEIL

1. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:

- Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.
- Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
- Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren Jahressteuererklärung(en) zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2 und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen (Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des Auftrages durch einen Berufsbefugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.

(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen ausschließlich österreichisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen.

(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklicher gegenteiliger Vereinbarung – lediglich als Bote und stellt dies keine ihm oder einem einreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des Auftragsverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren, während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Auftragnehmer verpflichtet.

2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu Grunde zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risiken schlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart, nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten verlassen, insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene Adresse vornehmen lassen.

3. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nichtprüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissensklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungsgehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen“) sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefähig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Erteilung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfüllungsgehilfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht (fern-)mündlich oder elektronisch) zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDAS-VO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteiendisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) übermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch

mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.

(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhänderberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben- oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, unbeschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit

ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungshelfen des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

8. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftragnehmer (insbesondere Schadenersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche berufliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogenen Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon aufzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentation seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder berufsüblich ist.

(5) Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützt, die den Auftraggeber als datenschutzrechtlich Verantwortlichen treffenden Pflichten gegenüber Betroffenen zu erfüllen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, den entstandenen tatsächlichen Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Gleiches gilt, für den Aufwand der für Auskünfte im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis anfällt, die nach Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Auftraggeber gegenüber Dritten diesen Dritten erteilt werden.

9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung“)

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrags hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt. 4 (4) und (5)). Das Erlöschen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrags.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beenden. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließlich, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist“) zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen

Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund vorliegt, der dies hindert.

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufsüblichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabeverrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz, daran gehindert worden ist; der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichteinhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftragnehmer behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

12. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit vereinbart ist, wird jedenfalls gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Höhe und Art des Honoraranspruchs des Auftragnehmers ergeben sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen.

(2) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.

(3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.

(4) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(5) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).

(6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):

(7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilometergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.

(9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmern gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.

(12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

(15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben- und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabebemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä. gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.

(17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

13. Sonstiges

(1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.

(2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragserfüllung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen. Im Falle der Auftragserfüllung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der Auftragnehmer

Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder untern, können diese ersatzweise im Vollausdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.

(3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).

(4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.

(5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrungnahme zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.

(6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

(3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.

II. TEIL

15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhändern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.

(4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird.

Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Auftragnehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Auftragnehmer den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen.

Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvorschläge gemäß § 5 KSchG:

Für die Erstellung eines Kostenvorschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist.

Wird dem Vertrag ein Kostenvorschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:

Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs 1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

(a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichten und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.

Mit unserer Arbeit setzen wir uns für eine besser funktionierende Welt ein. Wir helfen unseren Kunden, Mitarbeitenden und der Gesellschaft, langfristige Werte zu schaffen und das Vertrauen in die Kapitalmärkte zu stärken.

In mehr als 150 Ländern unterstützen wir unsere Kunden, verantwortungsvoll zu wachsen und den digitalen Wandel zu gestalten. Dabei setzen wir auf Diversität im Team sowie die Nutzung von Daten und modernsten Technologien bei der Erbringung unserer Dienstleistungen.

Ob Wirtschaftsprüfung (Assurance), Steuerberatung (Tax), Strategie- und Transaktionsberatung (Strategy and Transactions) oder Unternehmensberatung (Consulting): Unsere Teams stellen bessere Fragen, um neue und bessere Antworten auf die komplexen Herausforderungen unserer Zeit geben zu können.

Das internationale Netzwerk von EY Law, in Österreich vertreten durch die Pelzmann Gall Größ Rechtsanwälte GmbH, komplettiert mit umfassender Rechtsberatung das ganzheitliche Service-Portfolio von EY.

„EY“ und „wir“ beziehen sich in diesem Bericht auf alle österreichischen Mitgliedsunternehmen von Ernst & Young Global Limited (EYG). Jedes EYG-Mitgliedsunternehmen ist rechtlich selbstständig und unabhängig. Ernst & Young Global Limited ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach englischem Recht und erbringt keine Leistungen für Mandanten. Informationen darüber, wie EY personenbezogene Daten sammelt und verwendet, sowie eine Beschreibung der Rechte, die Einzelpersonen gemäß der Datenschutzgesetzgebung haben, sind über ey.com/privacy verfügbar. Weitere Informationen zu unserer Organisation finden Sie unter ey.com.

In Österreich ist EY an vier Standorten präsent.

© 2023 Ernst & Young
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H.
All Rights Reserved.

ey.com/at